Betriebsräte-Zeitschrift

für Funttionare ber Metallinduftrie

Die Konferenz des Reichsbeirats der Vetriebsräte

Almin Brandes

In ben Kampfen um die kulturelle Bebung ber Arbeiterklaffe fteben gegenwartig die Metallarbeiter Deutschlands im Bordergrunde. Die große Bewegung in der Schwereiseninduftrie ift noch nicht abgeschloffen. 8000 fachfifche Buttenarbeiter find ausgesperrt, weil fie eine Arbeitszeit ablehnen, Die nicht nur mit ber Berordnung bes Reichsarbeitsminifters vom 16. Juli 1927, fondern auch mit ber Bundesratsverordnung über die Conntageruhe vom 5. Februar 1895 im Widerspruch fteht. Angeschloffen hat fich ber Konflitt der mitteldeutichen Metallinduftrie, an welchem rund 50000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Industriebegirte Magdeburg, Salle und Unhalt gum Teil als Streifende, zu einem großen Teil als Ausgesperrte beteiligt find. Der Reichsarbeitsminister hat die Rechtsverbindlichkeit des auf ganze brei Biennig Lohnzulage lautenden Schiedespruches nicht ausgesprochen und somit Die Rampffreiheit nicht gehindert. Es war felbstverftandlich, daß die Ronfe rend, die am 28. und 29. Januar in Stuttgart tagte, por Gintritt in Die Lagesordnung ihre Sympathie und Colidaritat für die fampfenden Arbeitebriider betundete. Im Unfchluß daran wies fie mit Recht Die den Rampf ichadigende Einmischung Unberufener in die Guhrung unferer Gemertichafts ampfe gurud und verurteilte einmutig bie unfinnigen, die Disgiplin untergrabenden Barolen und Aufforderungen der tommunistischen Preffe in Diefem Rampfe.

Der erfte Buntt ber Tagesordnung galt ber Erörterung von Organisationsfragen, Die für bas Arbeitsgebiet ber Betrieberate von erheblicher Bedeutung find. Der Bertreter des Berbandsvorftandes machte babei die erfreuliche Mitteilung daß die Bahl ber Betriebe ohne Betriebevertretung in ber Metallinduftrie von 3000 im Jahre 1926 auf 1830 im Jahre 1927 juruck gegangen ift. Bon ben 29411 Betrieberaten, die in ben 10004 in ber Metallinduftrie von uns erfaßten Betrieben mit einer Belegichaftegiffer von insgesamt 1564385 Arbeitern und 226541 Angestellten beschäftigt find, waren 88 vo Arbeiter- und 62,6 vo Angestellten Betrieberate in freien Gewertichaften organifiert. Noch find die Sinderniffe groß, melche bas Unternehmertum ben Betriebsraten und noch mehr den Bertretern ber Betriebs ertretungen in den Auffichtsraten bereitet. Die Behandlung der letteren ift nicht nur Sabotage des Gefetes, fie ift eine Berhöhnung besfelben. Go verwerflich diese Sandlungsweise ber Unternehmer ift, io verwerflich ift die Beichimpfung ber Betrieberate burch fommuniftische Beitungen und Redner. Mus der Mitte der Konfereng murbe eine Refolution eingebracht und einstimmig angenommen, welche gegen diese Berabwurdigung von Gewert

ichaftskollegen, die in hohem Mage ihre Pflicht im Dienste ihrer Mitarbeiter

und der Arbeiterbewegung erfüllen, proteftiert.

Dann ging die Konferenz zur Beratung von Wirtschaftsfragen über, die gerade in dieser Zeit eine sehr erhebliche Rolle spielen. Projessor Ecderer-Heidelberg behandelte in der bei ihm bekannten gründlichen Weise das Thema: "Lohnpolitik und Konjunktur". Die Lohnpolitik steht wie die Preispolitik im Zusammenhang mit der Konjunktur. Im allgemeinen zeigt der Lohnanteil in jeder Industrie die Tendenz zu sinken, weil die Arbeitsteilung sortschreitet und mit dem Steigen des Anlagekapitals die Quote sür die Berzinsung und Amortisation wächst. In der kapitalistischen Wirtschaft sinkt der Lohn seinem Anteil nach in der Hochkonjunktur und die Gewinne steigen, in der Depression steigt der Anteil des Lohnes und die Gewinne sinken. Für die ganze Bolkswirtschaft betrachtet, stellt ein erhebliches Sinken des Lohnanteils die Entwicklung der Lebenshaltung der Massen in Frage.

In letter Zeit wird versucht, die Konjunkturperiode zu verlängern und die Depression in ihrer Wirkung abzuschwächen. Eine solche Einwirkung auf den Konjunkturverlauf ist das beste Schuhmittel gegen falsche Kapital-anlagen und muß deshalb von der Arbeiterschaft unterstüht werden. Die angebliche Wonopolstellung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt hat und wird nie eine die Wirtschaft schädigende sein. Bisher ist trog der gewaltigen Produktionssteigerung der Keallohn der deutschen Arbeiterschaft nur wenig gestiegen. Für die Entwertung der Kauskraft des Geldes ist wahrlich nicht die Lohnpolitik der Gewerkschaften, wohl aber die durch Rölle ermöglichte Breispolitik der Unternehmerkartelle und Monopole ver-

antwortlich zu machen.

In seinem Reserat über "Die öffentlichen Lasten der deutschen Wirtschaft" führte Dr. Paul Hertz in vorzüglicher Weise den Nachweis, daß das Jammern der deutschen Unternehmerorganisationen über die unerträglichen sozialen und öffentlichen Lasten aufgelegter Schwindel ist. Die deutschen Löhne einschließlich der Beiträge für die Sozialversicherung sind niedriger als die Löhne der Arbeiter nicht nur der Bereinigten Staaten von Amerika und England, sondern auch der schwedischen, dänischen und niedersländischen Arbeiter. Auch in diesen, wie in allen anderen Konkurrenzländern wachsen übrigens die Ausgaben sür soziale Zwecke in den letzten Jahren in weit höherem Maße als in Deutschland. Das gleiche gilt von den öffentlichen Ausgaben. Sie sind in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung nicht höher als in den anderen Ländern und können unmöglich als Anlaß für den Druck auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse genommen werden.

Die Berhandlungen der Konferenz zeichneten sich wie stets durch regstes Interesse und aktive Mitarbeit ihrer Teilnehmer aus, zu denen außer den Mitgliedern des Reichsbeirats der Betriebsräte und den Vertretern der großen Konzerne auch diesmal wieder die Vertreter der in der Metallindustrie beteiligten anderen freien Gewerkschaften und des Afaverbandes beteiligt waren. Die Konferenz hat ihnen allen neues wertvolles Material gebracht, das bei der Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gute Dienste leisten wird. Wir

miffen, baß fie es zu benüten verfteben.

Best aber gilt es, die Reuwahl der Betriebsrate, die in den nächsten

Monaten erfolgt, zu organisieren. Kein Betrieb darf ohne Betriebsbertretung bleiben, selbst die kleinsten nicht. Auf die Kandidatenliste die im Kampf um die Rechte der Arbeiter exprobtesten und wirtschaftlich erfahrensten Gewerfschaftler! Keine Zersplitterung, seine Sonderlisten, sondern Befolgung der von der Konferenz gesaßten Entschließung.

Die von der Konferenz einmütig angenommenen Entschließungen haben folgenden Wortlaut:

Entichliefung gur Renwahl ber Betrieberate

"Entsprechend den Beschlüssen des Erweiterten Beirales vom Jahre 1920, des Gewerkschaftstongresses in Leipzig 1922 und unserer Berbandstage verpflichtet die Konsernz des Reichsbeirats der Betriebsräte und Konzernvertreter die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zur restlosen Bahlbeteiligung zugunsten der von den freien Gewertschaften aufgestellten Kandidatenliste bei den Betriebsräteneuwahlen 1928.

Nach diesen Beichlüffen burfen Sonderliften von den Mitgliedern bes DMB weder aufgestellt noch unterfrügt werden. Sie schädigen bas Ansehen der freien Gewertschaftten

und bamit die Werbefraft bei ber Bahl.

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, wenn erforderlich, eine Verständigung über die Kandidatentiste herbeizuführen, eventuell eine Borabstimmung über die Stärfe der hinter den einzelnen Vorschlägen für die Kandidatentiste stehenden Mitgliederzahl vorzunehmen, um die Verteitung der Borgeschlagenen und ihre Reihenfolge auf der Kandidatenliste in gerechter Beise zu erreichen.

Berbandsmitglieder, bie gegen biefe burch Berbandstagsbefcluffe feftgelegten

Grundfage verftogen, haben mit bem Musichlugverfahren zu rechnen."

Entichliefung gegen bie Befdimpfung ber Betrieberate

"Die am 28. Januar 1928 in Stuttgart tagende Konferenz des Reichsbeirats der Betriebsräte und Konzernvertreter des DMB und der freien Angestelltenoerbände verurteilt auf das entschiedenste die Schreibweise der RP-Presse und ebenso die Verbreitung von Flugblättern, deren Inhalt dazu angetan ist, die Leitung der Organdsation und besonders der Betriebsräte zu beschimpsen und in der Offentlichkeit heradzuwürdigen. Die Konferenz wendet sich mit Entrüstung gegen eine berartige Schreibweise, die nur dazu angetan ist, das Vertrauen der Arbeiter zu den von ihnen gewählten Betriebsvertretungen zu untergraben. Die Konferenz erwartet, daß der Vorstand gegen derartige organisationsschädigende Elemente mit allen Mitteln vorgeht."

Entschlieftung gu bem Thema "die öffentlichen Lasten ber beutschen Boltewirtschaft"

"Die Beiträge für die Sozialversicherung sind keine "Lasten" der Wirtschaft, sondern eine Abzweigung gewisser Teile des Arbeitskohnes für bestimmte, zur Erhaltung der Arbeitskraft und der Altersversorgung der Arbeitskohnes michtige Zwecke. Gin Bergleich mit anderen Ländern, die andere Gewohnheiten und eine andere Gesegebung haben, darf sich deshalb nie auf die Ausgaben für die Sozialversicherung allein deziehen; er muß vielmehr die Gesamtausgaben auf dem Lohnkonto umfassen. Dabei bleiben die deutschen Löhne einschließlich der Beiträge für die Sozialversicherung im Durchschnitt erheblich zurück gegenüber den Löhnen der wichtigsten anderen Industrieländer der Welt, den Bereinigten Staaten und England. Nach den Feststellungen des R.A.Ministers betrug der Gesamtauswand für die Sozialversicherung einschließlich der Reichsauschüsse im Jahre 1927 höchstens 6 vo des Volkseinkommens.

In allen unmittelbar und mittelbar vom Krieg betroffenen Ländern ist der Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften wesentlich gestiegen. In Deutschland in trot bes besonderen Drucks der Reparationslasten die Belaitung pro Kops der Bevölkerung mit öffentlichen Ausgaben nicht höher als in den Konkurrenzländern, sie ist niedriger als in den Bereinigten Staaten von Amerisa und in England. So ist deshald völlig underechtigt, wenn die Höhe der Gesamtbelastung zum Anlaß genommen wird, einen Druck auf die Löhne und die Lebenshaltung auszuüben. Beder bei den Soziallasten noch bei den Steuerlasten ist die absolute Höhe entscheidend, sondern die Zweckmäßigs beit der Berwendung der ausgebrachten Mittel. Dienen höhere Ausgaben der Besser stellung der Unterstüßungsempsänger aller Art, so lenken sie einen Teil der Kaustrast in sozial erwünschte Kanäle. Werden sie dagegen zu unproduktiven Zwecken (unnüse Kriegsschissbauten, dunkle Subventionen) verwendet, sind sie vergeudet.

Uebermäßige Auswendungen für einen übersetzen Berwaltungsapparat stellen eine besonders unerwünschte volkswirtschaftliche Belastung dar. Die Entlastung von diesen unprodukt ven Zweden bedingt die Forderung nach dem Neuauthau der deutschen Republik als Ginheitsstaat. Sparsame einheitliche Verwaltung, soziale Gestaltung der Historien Ausgaben und Berteilung der Steuerlasten nach der wirklichen Leistungsfähigkeit, sind auch dem Bohle der Gesamtheit dienende Forderungen der Arbeiterschaft."

5000

P. Gilberts Jahresbericht u. die Reparationsdebatte

Tony Sender (Berlin)

П.

Wenn wir aus dem Gesamtbericht die wichtigsten prinzipiellen Darlegungen herauszuschälen versuchen, so wird uns Parker Gilberts Stellung zu der Frage der Auslandsfredite erklärlicher, freilich ohne daß wir ihm darum zu folgen vermögen. Doch liegt die Quelle der Unstimmigkeiten nicht beim Reparationsagenten, sondern schon in der Ausarbeitung des Dawesplanes.

Die Schlußbemerkungen des Berichtes von Sir Parker Gilbert, die solch allgemeines Aufsehen erregt haben und die so ganz unvermittelt dem Bericht angesügt zu sein schienen, resultieren doch aus des Agenten Stellungnahme zu dem Artikel 248 des Versailler Vertrages, der die Haftung des Reiches und der Länder für die Reparationen und die Priorität (den Borrang in der Haftung) der Reparationszahlungen vor allen anderen Verpslichtungen selsses. Auf diesen Artikel 248 hat sich der Reparationszagent berusen in seinem Einspruch gegen die Plazierung von Vorzugsaktien der Reichsbahn.

Gegen diese Stellungnahme des Agenten wurden von verschiedenen Stellen Einwendungen erhoben mit dem Hinweis darauf, daß dieser Artifel des Bersailler Vertrages hinfällig geworden sei durch die Bestimmungen des Dawes-Abkommens, die andere Garantien geschaffen haben. Darauf nun geht der Reparationsagent ein durch seinen Hinweis, daß der Dawesplan noch keine endgültige Regelung bringe, daß er nur eine Periode der Exprobung darstelle, an deren Ende aber bei Festsehung der Gesamtlast Deutschlands der im Dawes-Plan vorgesehene Transferschutz (übertrag ungsschutz) verschwinden müsse und Deutschland unter völliger eigener Berantwortung die weitere Erfüllung durchzusühren habe. Für diese Situation aber brauche man wieder die durch den Artikel 248 vorgesehene Sicherheit.

Damit aber kommen wir zu der grundsätlichen Frage: Hat die bisherige Durchführung des Dawes-Planes erwiesen, daß die Boraussicht der Sachsberständigen richtig war und diese erste. Veriode zu einer Erprobung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wurde, so daß auf Grund der bisher gemachten Ersahrungen eine klare Grundlage für die endgültige

Festsetzung der deutschen Leistung gegeben mare?

Dieje Fragestellung zwingt uns, noch einmal turz zu rekapitulieren, von welchen Loraussehungen ausgehend die Dawes-Sachverständigen ihren Plan ausarbeiteten. Die Sachverständigen stellten fest. daß Deutschland mahrend der Inflation über einen ausgezeichneten technischen Apparat in feiner Wirtschaft verfügte und daß eine gahlreiche Arbeiterschaft zur Berfügung fteht, um diesen Apparat in Tätigkeit zu setzen. Nur ausreichendes Betriebskapital stand in jenem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung und war nach Auffaffung der Sachverftändigen zu beschaffen durch Kredite des Auslandes, sowie durch rudflutendes deutsches Kapital, das vorher ins Ausland geflüchtet war. Nach Abichluf dieses Prozesses aber wird eine Starfung der deutschen Ausfuhr eintreten und aus diesem Ausfuhrüberschuf die Ubertragbarkeit der deutschen Reparationszahlungen ans Ausland ermöglicht werden. Immer gingen die Sachverständigen babon aus, daß aus bem Ertrag des Ausfuhrüberschusses die Reparationszahlung ermöglicht werden jollte. Durch den Drud der Reparationszahlungen werde die deutsche Raufkraft vermindert und dadurch eine weitere Berftarkung des Exports herbeigeführt. Treten bennoch vorübergehende Schwierigfeifen im Transfer ein. so muffe die Reichsbank durch eine Erhöhung des Diskonts ihrerseits die Forcierung des Exports anregen. Daraus scheint hervorzugehen, daß die Grundlage des Transfers die Ausfuhr, dagegen ein Transfer durch ausländische Berschuldung nur ein gang vorübergehender Zustand sein follte.

Nun hat aber die Brazis ergeben, daß die Auffassung der Sachverständigen vom Zustande der deutschen Wirtschaft zu rosig war. Zwar war der industrielle Apparat Deutschlands stark ausgebaut, aber, wie von uns schon damals betont worden war, dieser Ausdau war zum Teil übertrieben, zum Teil unzwedmäßig, so daß in der der Stadissisierung solgenden Beriode zunächst eine Zusammenlegung notwendig wurde. Dem folgte die Beriode der Rationalisierung. Durch beide Borgänge wurden Arbeitskräfte auf sange Zeit hinaus freigesett und hierdurch erhebliche Ausgaben der öffentlichen Körperschaften für Erwerdslosenunterstützung und Notstandsarbeiten erforderlich, ganz abgesehen davon, daß eben die zahlreiche Arbeiterschaft

nicht beschäftigt werden konnte.

Durch diese Überschätzung des Zustandes des deutschen industriellen Apparates aber unterschätzten die Sachverständigen den erforderlich werdenden Kapitalbedarf. Jett zwar betont der Reparationsagent selbst, daß es ein zwangsläufiger Prozes war, wenn das Überschußkapital der amerikanischen Birtschaft in seiner Suche nach Anlage vom deutschen Kapitalmarkt angezogen werden mußte, da gerade der vom Reparationsagenten zum Zwecke des Drucks auf den deutschen Export gewünschte hohe Diskontsatzuschen die andere Wirkung haben mußte, ausländisches Kapital anzulocken. Dieses Sinströmen ausländischen Kapitals mußte sich aber schließlich in einem ver-

stärkten Einströmen von Waren nach Deutschland ausdrücken, so daß bisher die deutsche Handels- wie Zahlungsbilanz mit einem erheblichen Pass v-salbo abschloß. Zugleich hatte das Hereinströmen ausländischen Kapitals die Wirkung, die Preise in Deutschland hochzuhalten, was wiederum neuen Ansreiz zur weiteren Erhöhung der Einsuhr bot.

Die Birfung ist: Entgegen der Boraussicht der Dawes-Sachverständigen hatte die deutsche Birtschaft einen langandauernden Bedarf an fremdem Kapital und der Erfüllung dieses Bedarfs kam entgegen das Anlagebedürfnis des überschüssigen amerikanischen Kapitals, so daß die deutsche Handelsbilanz nicht den in Aussicht genommenen Ausfuhrüberschuß auswies, sondern

im Gegenteil die Einfuhr fehr erheblich die Ausfuhr überftieg.

Diese Entwicklung aber ist von ungeheurer grundsätlicher Bedeutung für die ganze Betrachtung des Reparationsproblems auf der Grundlage des Dawes-Planes. In der Erprodungszeit sollte, wie erwähnt, durch die Prazis sich herausstellen, ob die Annahmen der Sachverständigen über die Leistungssähigkeit der deutschen Wirtschaft bestätigt werden. Aus diesem Grunde der Transserschutz, aus diesem Grunde auch die wiederholte Betonung, daß durch Steigerung des Exportes dei Verminderung der deutschen Kauftrast dieser Transser ermöglicht werden sollte. Nun hat sich bisher tatzsächlich der Transser ermöglichen lassen. Das Wesentliche aber ist, daß er nicht durch den deutschen Ausfuhrüberschuß ermöglicht wurde, sondern daß er auf der Basis neuer Verschuldung geschah.

Dadurch aber ist ausgeblieben die saubere Erprobung des Experiments, weil durch die Beschaffung der Reparationsdevisen mit Histe der Auslandsanleihen noch völlig unerwiesen ist, wiediel die deutsche Wirtschaft ohne Anleihen zu transferieren imstande ist. Das Schema der Nationalökonomen, allzu einsach ausgedacht, war das folgende: Zahlungsmittel werden aus den Aussuhrüberschüssen beschäfft. Die Aussuhr wird gefördert und Aussuhrsüberschüsse werden erzielt durch Niedrighaltung der deutschen Warenpreise. Durch Erhöhung des Diskonts werden die Warenpreise niedrig gehalten.

Das Schema aber hat nicht funktioniert. Deutschland hat einen Einfuhrüberschuß. Die Einfuhr ausländischen Kapitals verstärkte zusammen mit der Konjunktur die Tendenz zu einer Erhöhung des Preisniveaus. Die Erhöhung des Diskontsates aber, die zur Niedrighaltung der Preise dienen sollte, lockte im Gegenteil weiteres Auslandskapital an und verstärkte

wiederum die Tendenz jur Sochhaltung der Breife.

Die Birtschaft erwies sich als viel kompleger (vielgestaltiger), als die schematisch einsache Konstruktion der Nationalökonomen voraussah. Die Birklichkeit hat gezeigt, daß der Diskontsatz gar nicht die ihm zugeschriebene magische Birkung haben kann, wenn andere Komponenten wie starker deutscher Kapitalbedarf und das amerikanische Anlagebedürsnis entgegengesetze Resultate hervorrusen müssen. Das aber sieht der Reparationsagent nicht ein und darum sind für ihn die Auslandsanleihen an der ganzen Entwicklung schuld. Er glaubt, daß diese ausländischen Anleihen Berschwendung bei der öffentlichen Hand ermöglichten und zugleich die übermäßige Steigerung des inneren Verbrauchs anregten. Da er aber nicht in den oben stizzierten unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenhängen und ihren Wirkungen, son-

bern in Mängeln der deutschen Kredit- und Wirtschaftspolitik die Ursachen zu sehen glaubt, kommt er auch zu der Schlußfolgerung: Den Transserschutz zu beseitigen und durch Festsetzung der Endsumme Deutschland vollkommen selbständig die Berantwortung für Erfüllung und Uberweisung der Repara-

tionsschulden zu übertragen.

Erkennt man aber diese Zusammenhänge, dann wird die Freude, die in Teilen der deutschen Sfientlichkeit über diese Schlußfolgerungen des Reparationsagenten sich gerade erheben wollte, sehr mächtig gedämpft werden. Denn es wäre verhängnisdoll für Deutschland, wenn unter Beseitigung des Transserschuzes ihm allein die Verantwortung für die Reparationsleistung übertragen würde, ohne daß disher die Erprobungszeit in Wirklichkeit überhaupt begonnen hätte. Denn die bisherige Periode war gefälscht dadurch, daß inssolge falscher Einschähung der Sachverständigen die vorgesehenen Erprobungssaktoren noch gar nicht in Wirkung gesetzt werden konnten. Die wichtige Frage für den Augenblick ist die, ob es sich bei den vorher aufgezeigten Erscheinungen um solche nur vorübergehenden Charakters oder aber um solche dauernder Natur handelt. Natürlich läßt sich diese Frage auch von uns aus nur als Schäpung beantworten.

Was den Zustand der deutschen industriellen Anlagen anbetrifft, so kann wohl gesagt werden, daß ein großer Teil des Versäumten des letzten Jahrzehnts nachgeholt ist, daß aber immerhin noch einige Jahre dis zur Bollendung verstreichen dürsten. Möglich, daß der weitere Ausbau dann durch eigene Kapitalbildung erfolgen tann. Freilich hängt dies auch von der technischen Vervollkommnung des ausländischen, insbesondere des nordsamerikanischen Apparates ab, der ja über viel umfangreichere Mittel versfügt und dem sich anzupassen dann auch für Deutschland unerläßlich wird.

Die Arbeitslosigkeit dürfte wohl ihren Söhepunkt überwunden haben und einen derartigen Umfang wie 1926 in absehbarer Zeit nicht wieder annehmen. Wenn auch Konjunkturumschlag wieder Ansteigen der Zissern bringt, so braucht wohl mit einer Arbeitslosenzisser von 2½, Millionen nicht

wieder als Dauererscheinung gerechnet zu werden.

Ob weiter Auslandstapital nicht zwar für die Rationalisierung, aber doch vielleicht für den normalen weiteren Ausbau und die Bornahme des Transfers der Reparationen benötigt werden wird, ist auf Grund dorstiegender Daten schwer zu bestimmen. Es sehlen uns dafür die Daten der privaten Birtschaft, um beurteilen zu können, welcher Teil des Kapitals sür die technische Bervollkommnung und welcher sür den normalen Ausbau benötigt wurde, so daß wir heute nicht wissen können, ob die gestiegenen eigenen deutschen Ersparnisse bereits sür den normalen Ausbau ausreichen.

Wenn daher der Reparationsagent am Schlusse seines Berichtes fagt, daß die Erprobungszeit noch weiter versolgt werden müsse, ehe die Endlösung möglich sei, so ist dem entgegenzusepen, daß eine maßgebliche Erprobungszeit überhaupt noch nicht begonnen hat. Die deutsche Wirtschaft lebte seht zu einem nicht unerheblichen Teil auf fremden Krücken und konnte darum noch gar nicht erweisen, was sie aus eigener Kraft zu leisten imstande ist. Geseht aber, in absehdarer Zeit wäre der Zustand zu erreichen, daß die seinerzeitigen Boraussehungen der Sachverständigen für die deutsche Wirtschaft zutreffen.

Dann würde die Erprobung des Dawesplanes erst von jenem Zeitpunkt an beginnen, und zwar unter völlig veränderten Verhältnissen. Denn diese Erprobung würde nicht vorgenommen werden unter einer nur allmähl ch ansteigenden Jahresleistung, sondern unter unmittelbarem Jukrafttreten der endgültigen Jahresannuität. Wer aber möchte heute behaupten, daß diese vollen 2½ Villiarden Jahreszahlung alsdann bereits aus jährlichen Er-

spärnissen geleistet werden können?

Bis dahin aber hat sich die Situation auch gegenüber der Zeit der Abgabe des Dawesgutachtens insossen zuungunsten Deutschlands geändert, als der deutschen Kapitalbildung inzwischen eine weitere Aufgabe zugewiesen worden ist: Sie muß nicht nur das für den Ausbau des Produktionsapparates laufend benötigte Kapital aufbringen, sondern auch die Verzinsung und Rückzahlung des inzwischen aufgenommenen fremden Kapitals vornehmen. Und es ist sehr die Frage, ob es möglich sein wird, eine solche Steigerung der deutschen Ausfuhr dis dahin zu erreichen, daß alle diese Verpflichtungen zusammen mit den laufenden Reparationszahlungen ohne weitere Jnanspruchnahme von Auslandskapital erfüllt werden können.

Jedenfalls hat der diesjährige Bericht des Reparationsagenten das Verbienst, solche grundsählichen Betrachtungen in starkem Maße angeregt und die Problematik des Dawesplanes unterstrichen zu haben. Diese Brüfung aber unterstreicht die Abwegigkeit der Einstellung des Reparationsagenten, in den Auslandsanleihen, speziell derjenigen der öffentlichen Körperschaften den schuldigen Faktor zu erblicken und die schwere Verantwortung deutscher

berantwortlicher Stellen, ihn in biefem Grrtum noch gu beftarfen.

Co intereffant und wertvoll daber auch viele Teile bes Berichtes bon Gir Parfer Gilbert find, tann man ihm boch miffenschaftliche Bedeutung nicht beimeffen. In fachlichem Bufammenarbeiten mit bem Reparationsagenten follten vielmehr die deutschen Stellen fich nicht mit formellen Beantwortungen bon Beanstandungen bes Agenten begnügen, fondern ihrerfeits auf die obenermähnten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hinweisen. Es mare den deutschen Interessen entgegengearbeitet, geschähe diese Distuffion mit dem hintergedanken, sich etwa von Zahlungen möglichst zu bruden. Niemand auf beutscher noch auf alliierter Seite fann beute gultigen Bescheid über die deutsche Leiftungsfähigfeit geben. Darum tann nach wie bor eine Befferung der deutschen Lage nur bei bollig objettiber Betrachtung berbunden mit dem ehrlichen Willen gur Erfüllung des Erfüllbaren erreicht werden. Darum dient es mahren beutschen Intereffen, jeder falichen und tendengiofen Darftellung innerhalb. Deutschlands entgegengutreten. Biffenicaftler und Polititer aber follten den Zeitpuntt für gefommen erachten, um sich wieder eingehender mit der Totalität des Reparationsproblems und bes Damesplanes zu beschäftigen. Gie werden dabei zu dem Resultat tommen, bag, so wünschenswert es auch ware, wenn Deutschland ohne jede fremde Rontrolle und in völliger Gelbständigkeit die Reparationsfrage regeln tonnte, der Zeitpunkt bennoch noch langft nicht gefommen ift, da Deutsch land bes im Dawesplan vorgesehenen Transferschutes zur Garantie ber Stabilitat feiner Bahrung entraten fonnte!

Das Jahr der großen Probleme

&. Betrich (Gera)

IX. Die Borfe - zwifchen Baiffe und Sanffe

Die Eigenart und Eigengesetlichkeit der Borfe unter der Alleinherrichaft des Groffapitals zeigte fich im verfloffenen Jahr wieder recht draftifch. Während der ersten Monate wurde die zügetlose Spekulation weiter getrieben, die 1926, mitten in der tiefften Depreffion begann. Simmelhoch fletterten die Kurse, immer gewaltigere Kapitalmengen, die das anschwellende Borfengeschäft erforderte, wurden festgelegt. Die Folgen: Ginerseits murbe Die Bafis für die Birtichaftstredite immer mehr berengt, anderfeits fürchtete Schacht um die Gicherheit der Währung. Go tam es zu der Reihe der "fchwarzen Tage", die am 13. Mai mit der Entziehung bon ein Biertel bis ein Drittel bes Spetulationstapitals eingeleitet wurden und eine gange Reihe fataftrophaler Rursfturze brachten; am 1. Juni erreichte diese Entroidlung ihren Tiefftand. Es handelte fich um einen wohl durchdachten Eingriff ber Reichsbant, die verhindern wollte, daß die Borfe noch mehr des raren Rapitals zu reinen Spetulationszweden an fich zieht. Man muß fich buten, diesen an sich wichtigen Borgang zu überschätzen und etwa zu dem Schluß ju gelangen, daß wir hier ein charafteriftisches Beisviel ber gunchmenden "Durchsteatlichung der Wirtschaft" vor uns hatten. In Wirtlichfeit handelt 28 fich um eine Notmagnahme der Reichsbant, die in Übereinstimmung mit den Großbanten ergriffen wurde. Für die Großbanten und die Induftrie wurde auch dieje Baiffe zu einem Geschäft, denn viele fleine Effettenbefiger find in den Mai- und Juniwochen zum Ruten der großen draufgegangen. Im November feste ein neuer ftarter Rudichlag ein. Geitbem ift eine aber malige Befferung eingetreten und das Jahresende und der Jahresoifang zeichneten fich durch eine "feste Börsentendens" aus. Ab Mai, in der bewegten Beit, gestaltete fich der Borjeninder ber "Frantfurter Zeitung" folgendere magen:

Im neuen Jahr ist die Grundtendenz der Börse, nachdem die Möglichskeiten der Baissestulation dis zur Neige ausgekostet sind, wieder auf Sausse eingestellt. Zwischen der Börse, den Banken und der Industrie herrscht Einverständnis darüber, daß ein neuer Abschnitt beginnen muß. Die Großbanken insbesondere scheinen bereit zu sein, wieder einige hundert Millionen Mark zu Zweden der Börsenspekulation zur Bersügung zu stellen. Die nächsten Monate werden erfüllt sein von dem Haussegeschrei der Börsianer. Aber auf wie lange? Wird dem neuen Auf ein schnelles Ab folgen? Biel Bertrauen in die Stabilität der veränderten Börsenlage haben die Eingeweihten allerdings nicht. So läßt sich die "Deutsche Bergwerkszeitung" in ihrer Neusahrsnummer von ihrem vielersahrenen Börsensahmann, gestützt auf die Ersahrungen von 1927, folgende goldene Regeln für die Börsenspekulation schreiben:

"Die Rapitalisten sind keine Schasherbe, welche man schert und dann laufen läßt, bis sie wieder Wolle angesent haben. Der Rapitalist hat eine logale Behandlung zu beanspruchen. Wirklich gute Geschäfte haben schließlich, man mag die Gerissenheit noch so sehr preisen, den Altruismus zur Gundlage. Deshalb sei der Rapitalist weiterhin auf seiner Hut. Er gehe nicht über seine Kräfte! Er kause den andern nicht die inzwischen teuer gewordene Ware ab. Er lerne aber überhaupt richtig kausen. Er mache die Augen beizeiten auf. Borrede spart Nachrede. Wer mit Umsicht kauft, braucht nachher auch keine Intervention."

Das ist das Rezept, bei dessen Befolgung Verluste vermieden werden. Aber es kommt ja doch stets anders. Ohne Baissiers und Haussiers ist das

tapitaliftische Börsengeschäft nicht bentbar.

Die fprunghafte Beränderung der Borfenlage, deren Erklärung in bet allgemeinen Wirtschaftslage feineswegs gefunden werden fann, läßt aber auch unschwer erfennen, daß wir es mit einer Sondererscheinung zu tun haben. Die Borfe ift für ben Rapitalisten jene Einrichtung, die es ihm ermöglicht durch der Sandel mit Eigentumstiteln, mit fiftiven Werten, befondere Gewinnquellen zu erschließen. Diese Borgange find möglich durch eine nur lodere Berbindung mit dem übrigen Wirtschaftsleben, mit der Produktion und der Bewegung von Waren. Eigentlich kommt für die Borfenspekulation heute nur noch die Lage bes Gelbmarktes in Betracht: die Frage, wiediel Geld ift vorhanden, um eine großangelegte Sauffespekulation durchführen zu können, entscheidet alles. Immer mehr Industriekapitalisten werden in den Brogeg der Borfenspekulation hineingezogen, und es ift bon besonderem Interesse, daß auch die Schwerindustrie in gunehmendem Umfange diefen Weg beschreitet. Sie hat es bant enger, vertraulicher Zusammenarbeit mit dem Bantfapital erzielt, daß die Androhung der Aussperrung zum 1. Januar zu einem einträglichen Borjengeschäft murde: Die Rurfe ber schwerindustriellen Bapiere sind unausgesett gestiegen — die Schwerindustrie hat bei dem Spiel mit dem Feuer, das sie anfing, ein glänzendes Börfengeschaft gemacht.

X. Geldmarkt — Ratitalbildung

Wenn die sturzartigen Beränderungen an der Börse vorwiegend durch die Geldmarktlage hervorgerufen waren, fo ift ohne weiteres flar, daß fich der Geldmarkt während des ganzen Jahres im Zustande der Hochspannung befand. Der deutsche Geldmarkt ist, wie die Betrachtungen über Auslandsanleihen bereits zeigten, nicht in der Lage, alle Anforderungen, die an ihn geftellt werden, zu befriedigen. Aus diesem einfachen Tatbestande ift das Broblem der Auslandsanleihen entstanden. Die Rapitalneubildung vollzieht fich zwar unaufhaltsam, aber eben doch nur äußerst langsam; jedenfalls langfamer, als ber oft stürmisch auftretende Bedarf nach Geld. Nicht nur die Bridatwirtschaft, sondern auch die öffentlichen Unternehmungen befinden fich im Stadium des Wiederauf- und Umbaues, der Erneuerung und der Rationalifierung. Diese elementaren Bedürfniffe fann der deutsche Geldmarkt, durch Krieg und Inflation zerstört, durch die Reparationszahlungen in feiner Entwicklung gehemmt, vorläufig nicht befriedigen. Der allgemein gespannten Geldmarktlage entspricht die starke Inauspruchnahme der Reichsbant, die überdies illustriert wird durch wiederholte Distonterhöhungen.

Mit dem Jahresende trat eine fühlbare Entspannung ein, die nicht zulett zurückzuführen ist auf übertriebene Ansorderungen der Industrie. Ob nun, unter verschiedenen Gesichtspunkten, eine Diskontermäßigung eintritt, von der man sich eine stärkere Belebung der erschlafsenden Konjunktur verspricht, ist eine ossene Frage. Wir vermögen übertriebene Erwartungen auf die rückwirkende Kraft der Diskontpolitik der Zentralnotenbank auf den Konjunkturverlauf nicht zu sehen, wenngleich eine graduelle Beeinflussung wohl möglich ist. Pläne dieser Art werden gegenwärtig im Bereich mehrerer europäischer Zentralnotenbanken erwogen. Man will die "Konjunktur ankurbeln" und außerdem auf eine Bereinheitlichung der Diskontsähe in der ganzen Welt hinarbeiten. Wünsche — Hossmugen, nicht zuleht aber spielt hier wiederum das Geldbedürsnis der Börse eine Kolle, die sich von einer Herabschung des Diskonts eine zunehmende Flüssignachung von Kapital zu Spekulationse

zweden verspricht.

Die Rapitalbildung ift, wie ichon erwähnt, von der Reichstreditgesell= schaft für das Jahr 1927 auf 7,6 Milliarden Mark geschätzt worden. Gelbst= verständlich tommt in diefer Summe nicht nur die Bilbung an Gelbfapital, sondern der gesamte Produktionsüberschuß nach Abzug der ausländischen Rapitaleinfuhr (12 Milliarden — 4,4 Millarden = 7,6 Milliarden) zum Ausbrud Dit diesem Ergebnis nahert fich die deutsche Birtschaft wieder bem Stande von 1913. Die Arbeiterflaffe hat ein außerordentlich wichtiges Interesse daran, zu fragen, wie groß ihr Anteil an der jährlichen Rapitalneubildung ift, ob er relativ machft ober ob er fich vermindert. Unfere bisberigen Betrachtungen, die zu einem unverändert gebliebenen Reallohn führten, bem auf der andern Geite eine Refordproduttion auf ber Bafis rationalifierter Betriebe gegenüberfteht, die ja auch den hoben Broduktionsüberschuß erst ermöglichte, wird kaum einen Zweifel darüber auftommen laffen, bag der relative Unteil der Arbeiterflaffe an der Rapitalneubildung gefunten ift. Bir haben es hier nit ber Grundtendeng bes modernen Rartelltapitalismus zu tun. Dieser Zustand wird von den Berfechtern des Rapitals nicht nur zugegeben, er wird obenorein noch gefeiert und gepriesen als tapitalistischer Jbealzustand. Die Rapitalistenklasse will alleiniger Träger ber Rapitalneubildung fein. Die Arbeiterflaffe foll doch nur eine bescheidene Existens friften und im übrigen bon ber Rapitalbilbung ausgeschloffen bleiben.

So spiegelt der Prozes der Kapitalbildt. ag flar die großen gesellschaftslichen Entwicklungslinien wieder: die Berteilung des Reichtums, die Berteilung der Klassengegensäße, die unentrinnbare Notwendigkeit für das Proletariat, mit den Methoden des organisierten Klassenkampses um den höheren Anteil am Arbeitsprodukt zu kämpsen. Bon Jahr zu Jahr seit der Beendigung der Inflation können wir ein außerordenklich schnelles Steigen der Prositrate seststellen, das nur zum kleineren Teil in der Zunahme des Dividendensgens zum Ausdruck kommt. Selbst aus den tendenziös aufsgemachten Darstellungen der Unternehmerklasse geht das deutlich hervor. Die Arbeiterschaft versicht mehr als ein bloßes Klasseninteresse, wenn sie gegen das wachsende materielle Übergewicht des Kapitals ankämpst — ihr Kamps dient dem geschichtlichen Fortschritt, schafft die Grundlagen für die

böllige Umgestaltung der Gesellschaft.

XI. Der Angenhandel

Die bedeutende Passität der deutschen Handelsbilanz ist während des ganzen Jahres Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen. Sie beträgt während der ersten elf Monate von Januar bis November 3587 Millionen. Geht die Entwicklung im Dezember so wie im November, der eine Passivität von 377 Millionen ausweist, so erreicht das Gesamtdesizit annähernd 4000 Millionen. Die Entwicklung während der Monate Januar bis November ist solgende:

	Gegenwartswerte in Millionen Mart								
Monate	Reiner	Waren	vertehr	Lebensmittel		Rohftoffe		Fertigmaren	
	Ein= fuhr	Nus= fuhr	— Paff. + Utt.	Eine fuhr	Ques fuhr	Ein: fuhr	Aus: fuhr	Ein-	Aus: fuhr
927 Januar	1093	792	-295	363,6	85,9	564,9	192,7	150,5	562,9
Rebruar	1092	. 750	-336	337.0	27.7	579,4	180,5	162,3	541,1
Mära	1085	834	-241	311,4	81,8	588,1	202,4	170,1	100,3
April	1096	789	-299	333.1	28.2	555.4	163,0	190.1	597.0
Mai	1178	835	-339	356,1	84.0	592,7	177,7	210,3	622,7
3uni	1197	748	-449	871.7	26,7	602,4	161,6	208,5	.559,8
Juli	1278	847	-430	437.3	24,7	603.5	187.6	223,9	633,8
August	1161	869	-292	386,2	81.7	590.0	207.1	221.5	628,7
September	1175	933	-242	866.7	42,1	567.9	196,5	229.2	693,2
Oftober	1245	961	-284	379,2	48.4	594,5	192,9	235,3	718,3
Ropember	1291	914	-377		43,9	648.9	185,6	283.0	683,3

Diese Zahlen bringen nach den Erfahrungen der letten vier Jahre durchaus nichts grundsätlich Neues: die Berioden des Konfunkturaufschwunges wie im verflossenen Jahre sind gekennnzeichnet durch gesteigerte Rohstosse einfuhr und durch verminderte Ausfuhr. Kein Monat im Jahre 1927 weist eine aktive Handelsbilanz auf, ja, die Passivität ist durchaus beträchtlich. Die ungewöhnlich hohe Rohstosseinfuhr im Monat November lätzt sogar, wie bereits angedeutet, auf eine anhaltende Tragsähigkeit der Konjunktur schließen; ein untrügliches Zeichen ist jedoch darin nicht zu erblicken.

Damit erledigt sich von selbst die Angstpsichose und die Kassandraruse gewisser rechtsstehender Wirtschaftskreise, deren ganze ökonomische Kenntnis darin besteht, wie sasziniert auf die Passivität der Handelsbilanz zu starren und daraus die unsinnigsten Schlüsse in bezug auf die deutsche Wirtschaftslage zu ziehen. Gewiß ist die Gestaltung der Handelsbilanz nicht gleichgültig, aber das ist die Produktionskapazität der Wirtschaft und der innere Markt. Erhöhte Rohstosse und Kapitaleinsuhr sind immer dann ein Zeichen der Wirtschaftsgesundung und des Volkswohlstandes, wenn sie für produktive Zwecke Berwendung sinden. Soweit das unter dem Kapitalismus überhaupt möglich ist, ist es während der letzen Jahre in Deutschland geschehen und Befürchtungen irgendwelcher Art sind hier am wenigsten am Platze.

XII. Beltfonjunktur im Jahre 1928?

Es kann und es soll nicht die Aufgabe der Konjunkturforschung sein, ins Blaue hinein zu konstruieren und zu prophezeien. Die sich auf gewisse Ersfahrungen stützende Erwartung, daß um die Jahreswende nach den Monaten höchster Spannung ein Niedergang der Konjunktur solgen werde, hat keine

Bestätigung erfahren. Zwar ift die Zahl der Erwerbslosen zu Beginn des Jahres wieder enorm hoch, aber es bedarf noch genauerer Nachprüfung, ob es sich hier um eine vorübergebend saisonmäßige oder aber um eine krifenhafte Erscheinung handelt. Für Schluffe in letterer Richtung liegen noch keine genügenden Anhaltspunkte vor. Der Beschäftigungsgrad in den wichtigften Industrien ift noch durchaus stabil. Charafteristisch ift, daß die "Birtschaftsführer", die fich bisher in aschgrauem Bessimismus ergingen, im neuen Jahre anfangen, in überschwenglichem Optimismus zu machen. Louis Hagen, der wiedergewählte Brafident der Kölner Industrie= und Sandelstammer, kundigt für das Jahr 1928 mit der größten Bestimmtheit an, daß sich aus der deutschen Absattonjunttur eine Weltfonjunttur entwideln werde, und er fügt hinzu, man foll fich feinerlei peffimiftischer Betrachtung für das laufende Jahr hingeben. Saben wir es hier mit einer in den tatfachlichen Berhaltniffen begrundeten Brophezeiung oder mit einer neuen wirtschaftspolitischen Taktik der Unternehmer zu tun? Das ist die Frage, deren Beantwortung die nächste Zukunft bringen wird.

Die Arbeiterklasse wird gut tun, nach wie vor optimistische und pesse mistische Stimmungsmache abzulehnen. Das sind Wertungsmaßtäbe, die meistens zu Trugschlüssen führen. Nüchterner Tatsachensinn ist besser als tendenziöse Gesühlsrichtungen. Nur so viel scheint uns für die Arbeiterklasse ganz sicher zu sein, daß das Jahr 1928 nicht nur im politischen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne ein Kampsjahr sein wird. Das vergangene Jahr hat schon bewiesen, daß die Kämpse um Lohn und Arbeitszeit sich verschärfen. Die wirtschaftspolitische Orientierung der Kapitalistenklasse ist noch nicht auf Nachgiebigkeit und Entgegenkommen gerichtet. Dieser bedeutungsvollen Realität ins Auge zu sehen, scheint uns die erste unerläßliche Boraussesung

für die Gelbitbehauptung der Arbeiterklaffe zu fein.

2:21

2333

Reparationsleiftungen und Dawes-Abkommen

Beinrich Strobel (Berlin)

Die Reparationszahlungen Deutschlands im Jahre 1926/27 sind höher gewesen, als es der Reparationsplan, der dem Dawes-Abkommen zugrunde liegt, verlangt. Für dies dritte Reparationsjahr war nämlich normalerweise nur ein Gesamtbetrag von 1200 Millionen Reparationsleistungen vorgesehen. Die Leistungen, die für das Jahr 1924/25 auf 1000 Millionen, für das Jahr 1925/26 auf 1220 Millionen seitgesetzt waren, sollten vertragsmäßig für das dritte Reparationsjahr 1926/27 nur 1200 Millionen betragen, während in Wirklichkeit von Deutschland 1500 Millionen gezahlt worden sind. Das erklärt sich solgendermaßen: In dem Dawes-Abkommen war gemäß dem Borschlag der Sachverständigenkommission sestgesetzt worden, daß der Teil der Reparationsabgaben, der aus dem Reichshaushalt selbst zu bestreiten ist und der durch Verpfändung der Einnahmen aus den Zöllen sowie der Steuern auf Tabat, Alkohol, Vier und Zuder gesichert wird, zu erhöhen ist, wenn der Ertrag dieser verpfändeten Steuern 1926/27 eine Milliarde, 1927/28 11/1 Milliarde übersteige. Nun hatten aber die verpfändeten Sie-

nahmen bereits 1924 1427 Millionen erbracht und waren 1926/27 auf 2406 Millionen gestiegen, während ihr Ertrag für das 1. Halbjahr 1927/28 vollends 1436 Millionen (also Jahresertrag von rund 2900 Millionen) erreicht hatte. Nach dem Dawes-Abkommen waren danach für das 3. und 4. Reparationsjahr je 250 Millionen mehr zu zahlen. Der verslossen Reichssinanzminister hatte indessen ein Sonderabkommen mit dem Reparationsagenten abgeschlossen, wonach dieser zusätzliche Gesamtbetrag von 500 Millionen auf 300 Millionen ermäßigt wurde, wenn er im 3. Jahre auch für das 4. Jahr schon im voraus gezahlt werde. So wurden denn 1926/27 statt der vorgesehenen Normalrate von 1200 Millionen 1500 Millionen Reparationen gezahlt — dank der enormen Steigerung der Zölle und Verbrauchsadzaben, die unser Besitzbürgerblod durchsetze, um sich das Zahlen entstrechender direkter Steuern schenken zu können.

Im laufenden 4. Reparationsjahr 1927/28 sind 1750, im 5. Reparationsjahr 1928/29 2500 Millionen zu zahlen. Und zwar sollen sich die Zahlungen wie folgt zusammensetzen:

1927/28
1928/29

wie folgt zusammenseten:	1007/00	1000100
wie foigt Sufummenfegen.	1927/28 Million. Mt.	Dillion Mit.
Binfendienft ber Gifenbahnichulbverfchreibungen	. 660	660
* = beutschen Industrieschuldverschreibungen		800
Beförberungeftener	. 290	290
Mus bem Reichshaushalt (aus bem Ertrag ber verpfanbet	en	
Bolle und Berbrauchsfteuern)		1250
8ufamm	en 1750	2500
[1] [1] [1] [1] [1] [1] [1] [1] [1] [1]		

Interessant sind die Mitteilungen aus dem soeben erschienenen neuen Bericht des Reparationsgeneralagenten Parker Gilbert über die Verwendung und Transferierung der dem Agenten 1926/27 zur Versügung stehenden Beträge. Einschließlich der Restbeträge vom vorigen Jahre und der Zinsen standen abzüglich des Diskonts der vor dem Fälligkeitstage eingegangenen Zahlungen der Reichsbahn und der Kursverluste dem Agenten 1 567 575 572 Mark zur Versügung. Davon wurden an die Reparationsgläubiger übertragen:

in ausländischen Währungen 688 464 536 Mt. durch Reichsmarkzahlungen 698 623 843 = bazu unverausgabter Restbestand 185 487 198 =

Während des 3. Reparationsjahres sind die Übertragungen in ausländischen Währungen prozentual beträchtlich höher gewesen als im vorhergehenden Jahre. Es wurden nämlich von den Gesamtübertragungen übertragen

Bon den vom Reparationsagenten geleifteten Zahlungen entfielen 1926/27 auf bie einzelnen gander: Min. Mt. Dill. DRL auf Franfreich . 638,3 auf Rumanien . 10,6 . England . . 302,5 Japan . 10,1 Stalien . 92.8 Portugal 8,1 68,6 4,2 Belgien . s Griechenland .

 Einschließlich des Zinsendienstes für die deutsche Auslandsanleihe von 1924 in Sohe von 91,3 Millionen und der Kosten für die interalliierten Kommissionen in Söhe von rund 10 Millionen Mark kommen wir dann zu dem Gesamtbetrag von 1382 Millionen, der im Jahre 1926/27 im ganzen übertragen worden ist.

Unter den Sachlieferungen spielen die Lieferungen von Kohle, chemischen Düngemitteln und Holz die Sauptrolle. So wurden in Sachlieferungen über-

tragen in Millionen Mark:

	10				fchle, Kots Braunfohle	chem. Dangemittel und flicftoffhalt. Erzeugniffe	Hols	
an Franfreich					194,1	47,2	22,4	
= Italien .					THE RESERVE OF THE PARTY OF THE	Shell all the section of	-	
# Belgien .					3,9	10,8	2,3	

Um die Übertragungen so reibungslos als möglich durchführen zu können, ist für die Zukunft mit der Reichsregierung und der Reichsbahn die Bereinbarung getroffen worden, die Zahlungen derartig über das ganze Jahr zu verteilen, daß monatliche Programme aufgestellt werden können. Demzufolge werden im 4. Reparationsjahr die zu leistenden 1³/4 Milliarden so an den Reparationsagenten abgeführt werden, daß er im Monatsdurchschnitt rund 120 Millionen erhält. Nur in zwei Monaten des vom 1. September dis zum letzen August laufenden Reparationsjahres, im April und im August 1928, werden die Beträge sich auf je 270 Millionen erhöhen, weil sich die Zinszahlung der IndustriesSchuldverschreibungen nicht gleichs

falls monatlich regeln ließ.

So wären denn alle technischen Maßnahmen getroffen, um auch in Zutunft die Leistung der Reparationszahlungen zu gewährleisten, die in den verslossen der Jahren pünktlich erfolgt ist. An sich besteht ja auch keinerlei Besorgnis, daß fürs erste wenigstens die Zahlungen nicht mit derselben Pünktlichkeit weiter geleistet werden könnten. Denn die Reichsbahn wird die auf sie entfallenden 660 Millionen zahlen, die 290 Millionen Besörderungssteuer werden ebenso sicher zur Verfügung stehen, die Industrie wird die aus sie entfallenden 300 Millionen entrichten, und auch die 500 oder 1250 Millionen Reichsbeitrag, die 1927/28 und 1928/29 gezahlt werden müssen, sind durch die berpfändeten Zölle und Verbrauchssteuern (die ja, wie wir sahen, 1927/28 sogar annähernd 3 Milliarden erbringen werden) mehr als hinlänglich gesichert.

Wenn tropdem der Reparationsagent in seinem Bericht jene Beschwerden und Warnungen wiederholt und noch aussührlicher begründet, die er in seinem Schreiben an den Reichsfinanzminister vom 20. Oftober 1927 zum

Ausbrud gebracht hatte, fo hat das feine besonderen Grunde.

Die Bedenken Parker Gilberts lassen sich in zwei Sauptgesichtspunkte zusammensassen. Einmal hegt er die Besorgnis, daß der Reparationsplan durch die deutsche Finanzpolitik gefährdet werden könne. Ihn beunruhigt das Answachsen der deutschen Ausgaben. Wan weiß, daß er in seinem Schreiben auf das Beamtenbesoldungsgeset verwiesen hat, das allein eine jährliche Mehrsausgabe von 1200 bis 1500 Millionen ersordere, serner auf das Geset zur Entschädigung deutscher Staatsangehöriger für im Ausland eingebüßtes

Bermögen (Liquidationsschädengeset), das 1000 Millionen allerdings nur einmaliger Kosten verursache, und schließlich auf die noch unberechenbaren Mehrausgaben, die das neue Schulgeset nach siehen werde. Der Reparationsagent fürchtet, daß diese und andere Mehrausgaben den Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden derart steigern müssen, daß für Deutschland nur abermalige Steuererhöhungen oder Schuldenmachen oder gar inflationistische Papiergeldsabritation übrig blieben. Jede dieser Konsequenzen aber bedrohe die Durchsührbarkeit des Dawes-Abkommens.

Run hat demgegenüber bereits am 26. Oktober der Reichskinanzminister Dr. Röhler die finanzielle Situation des Deutschen Reiches höchst optimistisch dargestellt: Deutschland habe bisher seine Steuern feit. 1925 und 1926 abbauen können (die Massensteuern find allerdings trop dieses Abbaus noh ganz erheblich gestiegen — allein die Zölle und Berbrauchssteuern um rund 1500 Millionen!) und auch in der Zufunft werde nur ein weiterer Steuerabbau, niemals eine Steuervermehrung in Frage tommen. Aber burch diefe Ruhmredigfeit und Rofigmalerei hat fich Gilbert feineswegs belehren laffen, benn fein erft am 10. Dezember abgeschloffener Bericht halt alle Warnungen feines Schreibens vom 20. Oktober aufrecht. Und wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der neue Reichsetat rechnet allerdings mit Mehreinnahmen für 1928/29 in Sohe von rund 1100 Millionen. Aber auch dann, wenn teine Wirtschaftstrife diese Rechnung forrigiert, sondern wenn die erwarteten Einnahmen fogar noch überschritten werden, ist doch in Betracht zu gieben, bag wir und in einer Beriode der Aufwartsbewegung der Breife befinden, die febr leicht die Saushaltstalkulationen über den Saufen werfen kann. Batter Gilbert betont febr eindringlich in seinem Bericht, daß die Reichsbahn fich unter der Auswirfung der Teuerung genötigt feben tonne, gleich der Reichsboft ihre Tarife ju ethohen. Geschahe das, fo mare das ein neuer Auftrieb für die Breise und eine indirekte Bedrohung auch aller öffentlichen Saushalte Deutschlands. Dhnehin find ja auch die Gifenpreife in die Sobe getrieben worden, wodurch gleichfalls die Tendenz weiterhin steigender Breife gefördert wird - mit den gleichen Folgen für die öffentliche Wirtschaft.

Daß Parker Gilbert die **Besoldungserhöhung** herausgriff, war insofern ungerecht, als die Gehaltsausbesserung notwendig geworden war, nachdem einmal der Lebenshaltungsinder so gewaltig gestiegen war. Immerhin: der Reparationsagent hebt in seinem Bericht auch die verderblichen Ursachen der Lebenshaltungsverteuerung hervor: die Zollwucherpolitik und die Wietssteigerungen. In der Tat: Erhöhung der Zoll- und Berbrauchssteuereinnahmen gegenüber 1924 um 1½ Williarden und der Wieten allein um 4 Williarden, also eine jährliche Gesamtmehrbelastung allein auf Grund dieser beiden Momente um $5^{1/2}$ Williarden — ohne Anrechnung der durch die Zölle verursachten inländischen Preiserhöhungen! — muste doch eine sörmliche Preisrevolution hervorrusen. Und diese Preisssteigerungswelle, die auch in der Ausgabensteigerung des Reichs, der Länder und Gemeinden ihren Ausdruck sinden muß, ist noch immer im Fortschreiten begriffen!

Run gibt es allerdings in Deutschland auch Leute, die sich einbilden, daß es gar nichts schade, wenn die Entwicklung der deutschen Finanz- und Birtsichaftsverhältnisse die Durchführung des Dawes-Abkommens ehestens und

möglich mache. Dann werde der Plan eben geändert, Deutschlands Reparationslast entsprechend herabgesett werden. Und man hat ja in den letzten Wochen in manchen deutschen Blättern das Märchen verbreitet, daß Amerika schon in diesem Sommer das Reparationsproblem im Zusammenhang mit dem ganzen Problem der internationalen Verschuldung völlig neu aufrollen und zu lösen suchen werde. Erst ein brutales Dementi aus Washington machte

diesem Klatsch ein Ende.

Und nun erklärt auch Gilbert selbst in seinem Bericht, daß der DawessPlan noch keineswegs gründlich genng erprobt sei, Deutschlands Leistungsfähigkeit müsse noch weiterhin erprobt werden. Dabei müsse Deutschland aber eine durchaus "faire" (ehrliche) Haltung einnehmen. Db daß geschehe, werde sich ja sehr leicht kontrollieren sassen. Und es scheint uns in der Tat ratsam, daß Deutschland diese Mahnung nicht in den Wind schlägt. Je weniger Anlas der Reparationsagent hat, der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik Fahrlässigkeit oder gar Böswilligkeit vorzuwerfen, desto eher ist zu erhossen, daß Amerika und die Gläubigerstaaten über die endgültige Festsehung und über die Höhe der Reparationsleistung ein vernünftiges Wort mit sich sprechen lassen werden.

Ein Beispiel dialektischer Entwicklung

Julian Borchardt (Berlin)

Schon im Altertum gab es Leute, die eine überlegene formale Bilbung ju schmutigen Geschäften ausnutten, namentlich vor Gericht, indem fie durch Schnelligkeit und blendende Beredfamkeit falsche Schluffolgerungen verbecten, ben Gegner verblüfften und in die Gree führten. Ihre üble Bepflogenheit nannte man "Dialektik" und von daher find Dialektik und Dialektifer in einen üblen Ruf gefommen. Da nun heutzutage die Marriften ntit Dialeftif und dialeftischer Methode arbeiten, fo benuten das die Gegner des Marrismus gern, um ihnen etwas anzuhängen. Gelbstverftandlich ift das ein grober Unfug; selbstverständlich meinen wir Marzisten mit unserer Dialettit nicht die Runft der Frreführung, sondern Rarl Marr (und fein Lehrer Segel) find babei auf ben urfprünglichen und eigentlichen Ginn bes Wortes Dialeftit gurudgegangen, der nichts weiter bedeutet, als ftreng gewiffenhafte Untersuchung und allfeitige Beleuchtung eines Begriffs. Golche Untersuchung zeigt, daß die Entwicklung in Bidersprüchen — oder, genauer gejagt, in icheinbaren Biberfprüchen — vor fich geht. Insbesondere Segel hat das mit Entichiedenheit betont, doch ift er feineswegs der einzige, der es gefagt hat. Es bleibt feinem berborgen, der fich mit der Betrachtung ber Dinge in ihrer Entwidlung (nicht nur im ruhenden Zustande) ernstlich befaßt. Wenn zum Beifpiel Goethe fagt: "Bernunft wird Unfinn, Wohltat Plage", so ist das auch nichts anderes, als was wir die dialektische Entwicklung nennen: eine Einrichtung, die in ihrem Ursprung vernünftig und wohltätig war, wird durch die fortschreitende Entwidlung zum Unfinn und zur Blage. Gin Beifpiel mag das flarmachen. Als im frühen Mittelalter die Ginrichtung geschaffen murbe, daß der hörige Bauer nicht von seiner Scholle getrennt werden durfe, war das höchst vernünftig und eine Wohltat für die

Bauern. Denn es schützte sie gegen Willfür und Gewalt der Grundherren, die nun nicht mehr nach Belieben ihre Bauern von der Scholle verjagen durften. Aus eigenem Entschluß wegzugehen, daran hatte der Bauer in jenen früheren Zeiten kaum jemals ein Interesse. Wo hätte er hingehen, wovon anderwärts sich nähren sollen? Für ihn kam damals alles darauf an, in der ungestörten Autnießung seiner Scholle nicht gestört zu werden. Im Laufe der Jahrhunderte änderten sich dann nach und nach alle Verhältnisse, sene Einrichtung aber blieb bestehen und wurde zuletzt, im 18. und 19. Jahrhundert, eine schwere Fessel und Plage für den Bauern; denn nun hinderte sie ihn, ohne Erlaubnis des Herrn die Scholle zu verlassen, was für ihn unter den geänderten Verhältnissen oft sehr vorteilhaft hätte sein können.

Das Beispiel zeigt, was gemeint ift: durch die Gesamtentwicklung tritt eine Einrichtung, die ursprünglich ein Fortschritt war, in Widerspruch zur Umgebung und verkehrt sich damit scheinbar in ihr Gegenteil, obgleich oder vielmehr weil sie selbst sich nicht geändert hat. Das ist es, was wir Marxisten unter "dialektischer Entwicklung" verstehen.

Ein besonders sinnfälliges Beispiel solcher dialektischen Entwicklung vollszieht sich vor unseren Augen in der Gegenwart. Es ist die Zusammenballung der Kapitale, die durch ihre eigene logische Fortentwicklung zum Gegenteil bessen führt, was sie ursprünglich bezweckte.

Es liegt ja flar auf der Sand, daß jeder Rapitalzusammenschluß zu dem Rived erfolgt, den Bestand der beteiligten Unternehmungen zu erhalten und zu sichern. Blättern wir nach in der Geschichte des vorigen Jahrhunderts, so finden wir, daß die Zusammenschlüffe von Anfang an hervorgerufen worden find durch die allgemeine Sentung der Preise, eine Folge der unbeschränkten freien Konkurrenz. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts standen die Dinge in Deutschland fo, daß jeder einzelne Rapitalist seinen schlieglichen Untergang bor Augen feben konnte, wenn es nicht gelang, bem Ginken ber Breife Einhalt zu tun. Daher fann man auf Mittel und Wege, die Ronturreng einzuschränken oder gar auszuschalten, und fo berfiel man auf Breisberabredungen, jene erfte noch gang lofe Form von Bindungen in Ringen oder Preisfartellen, woraus fich alle höheren und festeren Zusammenschlüffe bis zum wohlorganisierten Konzern entwickelt haben. Der Zweck also war bies gilt es von vornherein genau festzuhalten -, burch Steigerung der Breife die Existenz jedes einzelnen fapitalistischen Unternehmens in feiner Selbständigfeit zu fichern.

So weitblickende Theoretiker wie Karl Marx und Friedrich Engels haben auf der Stelle gesehen, daß dies mit der Zeit in sein Gegenteil umschlagen werde. So schrieb Marx* in den 1870er Jahren von den Aktiengesellschaften, die verhältnismäßig noch die harmloseste Form des Kapitalzusammen=schlusses darstellen:

"Gs ift dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aushebender Widerspruch, der sich als bloßer Uebergangspunkt zu einer neuen Produktionsform darstellt."

^{*} Rapital, Band III, 1. Teil, Rap. 27, S. 425.

Und Engels, der dies zehn Jahre später herausgab, fügte eine kurze Besichreibung der sich eben bildenden Syndikate und Trusts bei und bemerkte dazu: durch diese Einsetzung des Monopols an Stelle der Konkurrenz sei "der künstigen Enteignung durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, auß er-

freulichste vorgearbeitet".

In der Tat bringt ja jedes Kartell, jede noch fo loje Bindung an gemeinfame Beschlüffe eine gewiffe Ginschränkung der freien Verfügungsgewalt des einzelnen Unternehmers mit fich. Diese Ginschränkung mag im Anfang gering, nur auf gemiffe Falle beschräntt, nur borübergebend fein - wie gum Beispiel in einem sogenannten Ring, wenn eine Anzahl Unternehmer sich nur gum Auffauf und gur Preishochhaltung eines bestimmten Boftens Bare zusammentut und nach beendetem Geschäft wieder auseinander geht —, sie wächst und wird fester mit der weiteren Entwicklung, mit jedem Fortschritt des Kartellwefens. Das eigentliche Kartell, das die dauernde Einhaltung beftimmter Breise oder Berkaufsbedingungen oder Absatzebiete usw. vorichreibt, ift fester als ber bloke, für einen einzelnen Kall geschlossene Ring. Es wird für langere Zeit, auf Monate oder Jahre abgeschloffen und entzieht dem beteiligten Unternehmer für diese gange Zeit die freie Berfügung über feine Unternehmungen in weit stärkerem Mage als ber Ring es tat. Wiederum fester als das Kartell ift das Syndifat, das dem Unternehmer den Berfchr mit der Kundschaft abnimmt, die Aufträge planmäßig verteilt, dem einzelnen Unternehmen bestimmte Spezialitäten zuweist, es dadurch zwingt, sich auf die ihm zugewiesene Kabrikation eigens einzurichten, also tief in seinen organischen Aufbau eingreift usw., bis endlich bei ber vollständigen Fusion im großen Rongern oder Truft die Gelbständigfeit ber einzelnen Unternehmungen überhaupt aufhört, alles von oben herab nach einheitlichem Plan geleitet und angeordnet wird.

Auf diesem Wege wurde das, was ursprünglich ein Mittel sein sollte, die einzelnen Unternehmer in ihrer Selbständigkeit zu erhalten, gerade im Gegenteil zu einem der wirksamsten Werkzeuge, deren selbständige Existenz

völlig aufzuheben.

Es fonnte nicht fehlen, daß die Unternehmer im Verlauf einer solchen sich über Jahrzehnte erstreckenden Entwicklung ganz deutlich merkten, daß es ihnen je länger je mehr an den Kragen ging. Aber natürlich begriffen sie Ursache nicht, teils wegen ihrer bürgerlichen Vorurteile, die ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge notwendig schief und falsch zeigen, teils aber auch wegen ihrer Stellung inmitten des Produktionsprozesses: wer in einem Fluß schwimmt oder gar darin untergetaucht ist, kann unmöglich Weg und Richtung des Flusses sehen, wie es ein Beobachter kann, der auf einem Hügel am User steht. Nachdem die ersten Kinderkrankheiten des Kartellwesens überwunden waren, konnten die meisten Kapitalisten nicht mehr auf den Gedanken kommen, die Kartelle überhaupt aufzugeben, um ihre alte Selbständigkeit wiederzuerlangen. Dazu waren die Vorteile, die ihnen die Kartelle boten, zu deutlich spürdar. Doch ebenso deutlich spürdar war die immer mehr schwindende Selbständigkeit, die zulest im Trust dis zur völligen Selbstaussehung ging.

So tam man in den Kreisen der Betroffenen - und das waren Rapi-

talisten, die man noch vor 30 und 40 Jahren als ganz groß bezeichnet hitteauf den Gedanken: Kartellierung ift gut, aber nur bis zu einer gewiffen Grenze, dann foll fie haltmachen. Und es entstand ein paar Jahre bor bem Weltfrieg eine Bewegung, die man etwa als "großkapitalistische Mittelstandspolitif" bezeichnen fann: So wie der handwerksmeister der alten Schule auf die Fabrit ichimpft, fo wie der fleine Sandler über Ronfumvereine und Warenhäuser zetert, weil fie ihm die Eriftenz untergraben, ebenfo begannen diese doch schon recht großen Großkapitalisten über die Konzerne und Trufts zu klagen. Daß fie felbst foundsovielen kleineren Unternehmern, Fabrifanten, Kaufleuten usw. das Lebenslicht ausbliesen, das erschien ihnen als gerecht und sittlich und in der göttlichen Weltordnung begründet. Daß sie nun aber ihrerseits von den Trusts und Konzernen verspeist werden follten, das empfanden fie als ungeheuerlichstes Unrecht und verlangten staatlichen Schutz dagegen. In den Debatten, die um 1911 und 1912 in den Barlamenten darum geführt wurden, brachten fie genau diefelben Berveisgrunde vor, die auch die fleinburgerlichen Mittelständler im Munde führen, wenn fie bor dem Groffapitel geschütt werden wollen.

Natürlich hat sich die Entwicklung nicht darum gekümmert. Man weiß, wie schon der Krieg den Kapitalzusammenschluß stark gesördert hat und wie seit Kriegsende die Bertrustung mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts stürmt. Aber noch ist sie längst nicht vollendet, und deshalb tobt der Wortkamps

zwischen großtapitalistischen Mittelständlern und Trufts noch fort.

Da ist mun jest, 50 Jahre nach Marx, auch die bürgerliche Wissenschaft aufgewacht, reibt fich die Augen und fieht mit Erstaunen, daß die Rartelle eben durch ihr bloges Brofifftreben ben Reim zu einer gang neuen, gang anders gearteten Entwidlung in fich tragen. Bor ein paar Monaten hat der Professor Bederath aus Bonn in der Zeitschrift "Wirtschaftsdienst" einen Auffat über angebliche Wefensanderung der Kartelle veröffentlicht, worin er beren positive Tätigfeit rühmt: Unterrichtung ber Mitglieder in ber betriebswirtschaftlich rationellen Kaltulation, Bereinbarung von Einheitsnormen und Ehpen für die Produktion, Auftrags- und Kundenzuweisung, Rudficht auf die besondere technische und vertehrswirtschaftliche Eignung der einzelnen Betriebe uim. Das alles, meint Brof. Bederath, habe "mit monopoliftischer Marktbeeinfluffung im Ginne einer einseitigen Belaftung des Konfumenten febr wenig zu tun." Er fieht nicht, er fann als Bourgeois nicht feben, daß es febr viel damit zu tun bat, indem dies alles nur in der einzigen Absicht geschieht, die Preise hochzuhalten oder zu steigern. Man hofft, darin wirffamere Mittel gefunden zu haben als in der bloken Breisverabredung. Außerdem, wer die Dinge beobachtet, wie fie wirklich find, der muß erfennen, daß in der von Prof. Bederath geschilderten, an fich fehr wünschenswerten Entwidlung gerade in der neuesten Zeit, in und nach dem Kriege, ein Rudichlag eingetreten ift. Der ungeheure Mangel an Waren aller Art hat den Kapitalisten wieder die bequemere Methode der Breiserhöhung ohne technische Berbefferung ermöglicht, und fie machen reichlich Gebrauch bavon. Man denke auch an die letzte Eisenverteuerung. Gerade in diesem Augenblick ben Kartellen nachzurühmen, daß es ihnen nicht um Preiserhöhung, sondern um technischen Fortschritt zu tun sei, scheint also wenig angebracht.

Dem Professor ist in demselben Blatt der bekannte Kartellsachmann Dr. Tschierschie entgegengetreten und hat aus den Statuten einer großen Menge Kartelle nachgewiesen, daß ihr erster und Hauptzwed immer noch der ist, "auf die schwächsten Mitglieder Rücksicht zu nehmen". Mit anderen Worten: die Preise werden mindestens so hoch angesetzt, daß auch die rückständigsten Betriebe noch Prosit abwersen; daraus erwächst den anderen, besser eingerichteten Betrieben eine besondere Kente auf Kosten der Versbraucher.

Der Attikel Dr. Tschierschips hat nun einen Praktiker auf den Plan gerusen, den Seschäftsführer eines Textilkartells Ewald Göde in Krefeld. Et meint, was in den Statuten steht, ist eins, was in der Praxis getan wird, ein anderes. Zum Beweise dessen erzählt er einiges, was sein Kartell tut: es sorgt sür Qualitätsarbeit, für Rationalisierung oder Typisierung, es hat acht rücktändige Betriebe aufgekauft und stillgelegt, es überwacht die Kredite der Kundschaft, erteilt Auskunft und vertritt bei Zahlungsschwierigkeiten die Interessen seiner Witglieder und dergleichen mehr. "Von allen diesen Aufgaben, die nur als Beispiele der Tätigkeit des Berbandes herausgegriffen

find, fteht fein Wort in den Sapungen."

Selbstverständlich gilt für diese Ausführungen dasselbe, was oben zu Brof. Bederath gesagt worden ift: fie find richtig, soweit fie die positive Tatigfeit der Kartelle schildern, falsch, soweit sie nicht zugeben wollen, daß einzig und allein der Bunsch nach Preissteigerung diese positive Tätigkeit veranlagt. Aber das ift für uns nicht das Wichtigfte. Sauptsache ift vielmehr, daß Berr Gode die Kartelle und allenfalls noch die Syndifate mit felbständigen Einzelunternehmungen verteidigt gegenüber den alles Sonderleben auslöschenden Konzernen und Trufts - und dabei nicht fieht, wie alle die von ihm gerühmten positiven Betätigungen seines Kartells eben dorthin führen, wo er nicht hin will, nämlich zur völligen Fusionierung und Berschmelzung, das beißt zum Truft. Wie für so viele andere Produktionszweige, wird auch für feine Industrie der Tag kommen, an dem die maggebenden Berfonlichkeiten einsehen werden, daß Qualitätsarbeit, Rationalifierung, Typifierung, Uberwachung bes Rredits usw. weit wirksamer und in weit größerem Magstabe von einem einheitlich geleiteten Besamtunternehmen durchgesetzt werden können als von einer größeren Anzahl felbständiger Unternehmen. In der Zwischenzeit aber werden, eben durch die positive Tätigkeit des Kartells, die verschiedenen Einzelunternehmungen so weit spezialisiert und gegenseitig angeglichen oder angepaßt sein, daß der Bertruftung nichts mehr im Wege fteht. Ein Musterbeispiel dialettischer Entwidlung: durch die geradlinige Fortsetzung ber Bestrebungen wird das Gegenteil deffen erreicht, was man zu bezweden glaubte, wird das Objett der Kartelltätigkeit, das man unverändert zu erhalten strebte, in sein Gegenteil verwandelt.

Doch sollen sich die Herrschaften nicht einbilden, daß es damit dann zu Ende ist. Die Entwicklung wird auch dann nicht stillstehen. Weiter und weiter werden die Menschen an der Bervollkommnung der Produktion arbeiten; weiter und weiter werden sie rationalisieren, typisieren, spezialisieren, zusammenlegen und der Erfolg solcher Tätigkeit in mehr oder minder entsernter Zukunft wird sein die nach einheitlichem Plan geleitete Gesamt-

wirtschaft eines Volkes: aus Kapitalismus wird Sozialismus geworden sein. Allerdings nicht "von selbst"! der wurde nur die rein wirtchaf liche Seite der Entwicklung erwähnt. Doch die wird von Menschen gemacht und hat deshalb sehr viel mit Politik zu tun. Den hartnäckigsten Widerstand werden ihr allemal diesenigen entgegensetzen, die durch sie an Sondervorteilen und Vorrechten verlieren, wie es gerade der verbissene Kampf des "großstapitalistischen Mittelstandes" gegen weitere Zusammensassung beweist. Ein Widerstand, der nur durch den seines Ziels bewußten Klassenkamps des Prolestariats überwunden werden kann.

Die Konzentrationsbewegung im 2. Halbjahr 1927

Frit Ronig (Stuttgart)

III

Anschließend an den Bericht über paritätische oder doch auf einer gewissen Gleichstellung beruhenden Zusammenschlüsse in den verschiedensten Zweigen und Branchengebieter, der Metallindustrie geben wir zum Schlußeine instruktive übersicht über die im zweiten Halbjahr 1927 erfolgte vorwiegend machtpolitische Einflußnahme der Konzerne auf einzelne Unternehmungen.

Auf der Frankfurter Tagung des "Reichsverbandes der deutschen Industrie" hat Herr Geheimrat Dr. Bücher das hohe Lied der Organisation gesungen. Er hat darauf hingewiesen, daß in der heutigen Großindustrie der Manchesterthy des Unternehmers vollständig sehle und daß dem manchesterslichen Unternehmen im Produktionsprozeß eine bestimmende Rolle nicht mehr zukomme. Tatsächlich ist heute im Unternehmerlager an Stelle des "freien Spiels der Kräfte" das organisatorische Prinzip getreten. Während zum Beispiel in der deutschen Eisenindustrie vor dem Kriege etwa 40 vh der Walzwerksindustrie syndiziert waren, erstrecht sich heute die Syndizierung auf über 90 vh.

Aber neben ben produftionstechnischen und spolitischen Busammenichluffen in Trufts, Ronzernen, Intereffengemeinschaften und Rartellen bat fich das deutsche Unternehmertum ein mächtiges einheitliches Organisationsgebilde zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen geschaffen. Ursprünglich in den verschiedensten Wirtschaftszweigen voneinander unabhängig, find heute die einzelnen Berbande ber beutschen Arbeitgeber in einer bas gange Reich umfaffenden Ginheitsorganifation zusammengeschloffen, nämlich in ber "Bereinigung ber beutichen Arbeitgeberberbande". Waren es bei ber Brundung der Spigenorganisation im Jahre 1913 nur 61 Sauptverbande, die der Arbeitgebervereinigung angehörten, fo find es heute 181 Saupt- und 2271 Unterverbande, die fo ziemlich die deutsche Arbeitgeberschaft geschloffen repräsentieren. Die Arbeitgebervereinigung findet ihre Parallele in bem "Reichsverband der deutschen Industrie". Man halt trop aller engen Berflechtungen mit dieser Spipenorganisation eine Berschmelzung beider Körperichaften für nicht erstrebenswert, weil der Reichsverband mehr die rein wirtschaftliche, die Arbeitgebervereinigung mehr die fozialpolitischen Fragen zu lofen versucht.

Ronzerne	In den Intereffentreis einbezogene Firmen	Art der Einflußnahme (Zusammenschlußsorm)
Bereinigte Stahlwerke	Duticen: und Walzwerfindustrie Deutsche Stahl: und Balzwerfe AG., Siegburg Stahl: und Braizwerfe AG., Siegburg Stahl: und Brofilgieherei AG, Auftalt "Arsenal" Wien Stessensche Blank: und Brofilzieherei AG., Berlin Bergwerksbetriebe Bereinigte Pelene und Amalie — Beche Ber. Sälzer & Meueck G. Rumpel, AG. f Basserd: u. Ranalisationsanl., Wien Hasper Schweselsaurefabrik der Harbortschen Bergwerks: AG. Morddeutsche Habelsabrik Der Harbortschen Bergwerks: AG. Morddeutsche Habelsabrik Thussen Pränasawerke Engels & Co. Metalwarensabrik Weiß & Samet, AG. "Swansea Residues Ltd.", London Büricher Baurik: Gesellschaft	Maßgebende Beteiligun (gem. m. Krupp u. Klödt Teilweife Angliederung Gründungsbeteiligung Bollft Angl. unter die Firs Krupp All, Bergw. i. Eff Mehrheitebeteiligung Angliederung durch Kau Minderheitsbeteiligung Angliederung Bollftänd Angliederung Neugründung
Otto Bolff Hartung UG., Berliner Cisengieß. (UCG) Kahn Schaptro-Schebera	Maschinenindustrie S. Hommel G. m. b H. Maschinensabrik, Mainz Otto Jachmann AG., Berlin Mitteld. Clettromotorenwerke G. m. b. H., Saalseld (früher Mitteld. Clettrigitätswerke)	Beteiligung Mehrheitsbeteiligung Minderheitsbeteiligung Angliederung
MheinWestf. Elektrizitätswerk, Essen . Clektrizitäts Lieferungs-UG Wärkisches Clektrizitätswerk, Berlin . Siemens & Halske	Gleftro- und optische Industrie Oberstein-Jdarer Slestrizitätswert Clestrizitäte-Lieferungs-UG. für die ungarische Tiefebene Kurfächsiche Brauntoblenwerse UG., Gürstenberg a. D. Griechische Lelephon UG., Althen Zenith Radiowerte in Presone (Tschechossowatei) Ver Zwieseler & Birnaer Farbenglaewerte UG., München UG. Dahn für Optit und Mechanit, Kassel	Berftärfte Einflußnahm Beteiligung übernahme des Gigentun Wehrheitsbeteiligung Maßgebende Beteiligun Lingliederung d. Fujion

Beteiligung npp u. Riodn.)
ngliederung
beteiligung

unter die Firma Bergw. i. Effen teiligung g durch Kauf beteiligung

influgnahme es Gigentums

Beteiligung g b. Bujion

9000

Gemaltig ift die Macht, die fich in den Unternehmerverbanden tongentriert — ebenso weitreichend und einflugreich auf unser soziales, wirtschafts liches und politisches Leben wie die betriebstechnischen Organisationen des Unternehmertums. Und wer war es, ber ben Unternehmern bei ihren Berbandsbildungen als Borbild diente? Die ehedem fo viel geschmähten Organis fationen der freien Gewertschaften! Der tollettive Gedanke hat über den Individualismus, über "den Gingelnen und fein Eigentum" ben Sieg dabongetragen. Die Unternehmer haben die vielgerühmte manchesterliche Theorie zum alten Eisen geworfen und bekennen sich zum Kollektivismus — allerdings wie fie ihn auffassen. Und nicht nur in nationalen Berbanden, Ronzernen und Kartellen ist das Unternehmertum wirtschaftlich und technisch geschlossen organisiert, sondern auch international schliegt sich ihr interessengemeinschaftlicher Ereis immer enger. Groß ift die Rahl der heute bestehenden internationalen Berbindungen. Erft im Oftober d. J. fand wieder in London eine Konferenz der Führer der induftriellen Organisationen aus England, Deutschland, Ofterreich, Belgien, Frankreich, Solland, Italien, Schweden, der Schweiz und der Tichechoflowafei fratt, um die Industrien der Lunder einander näherzubringen und im Dezember tagte eine Sonderfonfereng zwischen deutschen und polnischen Birtichaftsführern mit demselben Biele nämlich der Festigung des machtvolitischen Ginflusses und der Sicherung des Unternehmerprofits.

Angesichts dieser Vorgänge ergibt sich für die Arbeiterschaft die zwingende Notwendigkeit zu einem engeren Zusammenschluß. Die Rollen sind vertauscht. Leider muß gesagt werden, daß es heute die Unternehmerorganistationen sind, die der Arbeiterschaft als Vorbild dienen können. Die zusnehmende Macht des Kapitals macht den weiteren Ausbau der Arbeitervorganisation in allen Ländern zur gebieterischen Pflicht. Dem international vereinigten Unternehmertum muß eine gleich starke Arbeiterorganisation zur Abwehr großkapitalistischer Abergriffe und zur Herbeiführung besserer

Arbeitsbedingungen gegenübergeftellt werben.

9009

Unfallverhütung und Unfallgesetzebung

Prof. Dr. Sanauer (Frantfurt a. M.)

Infolge der langen Arbeitszeiten und der größeren Anstrengung, welche die zunehmende Intensität der Arbeit erfordert, zeigt sich in Deutschland ein startes Ansteigen der Unfallziffern. Betrug die Zahl der gesamten Unfälle im Jahre 1925 863 500, so ist deren Zahl im Jahre 1926 rund mit einer Million einzusehen. Wieviel Unfälle einen tödlichen Berlauf genommen haben, ist nicht angegeben, doch glaubt die Zeitschrift "Arbeiterschutz", daß die spätere genaue Beröffentlichung erneut auch ein Steigen der Todesfälle zeigen werde. Die Unfälle, für die im vergangenen Jahre erstmalig eine Ensschäufigung ausbezahlt werden mußte, beziffern sich rund auf 125 000, das waren gegen 16,5 vh mehr als im Jahre 1925.

In Jahre 1924 ereigneten sich in Deutschland 17 544 Fälle von todlicher Berunglüdung bei Männern, 5215 bei Frauen. Bei ben Männern kommen daher die tödlichen Verunglückungen dreimal häufiger der als bei den Frauen, was damit zusammenhängt, daß die Männer den Berussgeschren in viel stärkerem Maße ausgesetzt sind wie die Frauen. Bas das Alter der Verunglückten anlangt, so fallen alte Leute relativ am häufigsten tödlichen Verunglückungen zum Opfer infolge der abnehmenden Lebenskraft. Die Todesfälle durch Verschütten und Maschinenschaen haben abgenommen. Eine Zunahme erweisen dagegen die Unfälle durch den elektrischen Strom auf infolge erweiterter Anwendung dieser Kraftquelle. Am häufigsten werden tödliche Unglücksfälle beobachtet im rheinisch-westfälischen Industriebetrieb.

durch die Unfälle im Bergbau und bei der Erzbearbeitung. Auch aus Rugland wird ein ständiges Anfteigen der Betriebsunfälle berichtet. Die Anzahl der Unfälle wächst in Rufland ständig. Wie die "Münch. med. Wochenschrift" berichtet, entfielen durchschnittlich auf je einen Arbeitsinspektor im Jahre 1922 52 Unfälle, 1923 77, 1924 165 und 1925 204. Rach den Ausweisen des Reichsamtes für Statistik stieg die Zahl der Unfälle ununterbrochen von 21,7 auf je 1 000 000 geleistete Arbeitstage im Januar 1925 bis auf 33,3 im Dezember 1925 der gesamten Industrie. Nach den Angaben der ruffischen Berficherungskaffe wuchs die Anzahl der Unfalle, die eine Unterstützung notwendig machten, auf je 100 000 Berficherte im Berlaufe des Jahres 1924 von 2,6 bis auf 5,5 und im Jahre 1925 von 5,0 im Januar bis auf 6,9 im Geptember. Als Urfache ber meiften Unfalle wird Unvorsichtigkeit oder Fahrläffigfeit ber Arbeiter angegeben. In Birtlichkeit jedoch werden sie am häufigsten durch die Abgenutstheit der Instrumente und der maschinellen Einrichtungen, durch den Mangel an Schupborrichtungen, falsche Organisierung der Arbeit, schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Beleuchtung, Überlaftung ufm. berurfacht. Infolgedeffen fab fich ber Rat der Boltstommiffare veranlagt, eine besondere Rommiffion gur Betampfung der Unfalle in Induftrie und Gewerbe aus Bertretern der intereffierten Refforts unter dem Borfit des Boltstommiffars für Arbeit eingufepen. Aufgabe diefer Kommiffion foll fein die Bekampfung der gewerblichen Unfälle und Bergiftungen durch Ausarbeitung entsprechender Dagnahmen und durch Forderung der Technik des Gesahrenschutes und der Gewerbehygiene, sowie durch Auftlärungs- und Bildungsarbeit.

Nachdem das Ausland in der Propaganda gegen die Unfallverhütung vorangegangen ist, wird in Deutschland neuerdings diesem Problem erhöhte Ausmertsamkeit zugewendet. Die Statistik erweist, daß die weitgrößte Zahl der Unfalle durch den Menschen selbst hervorgebracht wird. Die Ausklärung des Wenschen durch Bort und Bild ist daher notwendig, um sein Versantwortlichkeitsgefühl zu stärken. Dem Bild gegenüber darf das Wort nicht vernachlässerben. Die Unfallgesahr vermehrt sich bei mangelhaften Ernährungs- und Unterkunftsverhältnissen. Der schlecht ernährte und mangelhaft ausgeruhte Körper ist der Unfallgesahr in gesteigertem Waße ausgesetzt und ist empfindlicher und weniger widerstandsfähig. In Deutschland wird der Kamps gegen die Unfälle durch die Bildpropaganda durch die Reichsarbeitsverwaltung und die Berussgenossensselnschaften gesührt. Hier wird im Ausland Borbildliches geleistet, vor allem in Holland, Rußland und Amerika. Auf den russischen Bildern gegen die Unfallverhütung wird die Ursache des

borgeschritten.

beiter von 199 auf 61 gesunken sei.

Schadens und auch der Schaden selbst gezeigt. Die Nutzamvendung und die Lehre aus den Bildern soll der Beschauer selbst ziehen. Die Bilder wenden sich unmittelbar an den Arbeiter, lehren ihn, sich der Unfallgesahren bewußt zu werden und regen ihn an, sie durch richtiges und zwedentsprechendes Handeln zu vermeiden. Am weitesten ist die Unsallpropaganda in Amerika

Das National-Sicherheits-Council hat im letten Jahre 8 Millionen Platate herausgegeben, außerdem Flugblätter und Auftlarungsschriften. Einen guten Einblid in die großzügige und umfassende Arbeit der Unfallverhinderungspropaganda gibt der Sicherheitstalender, der auf 12 Monats= feiten jedesmal ein farbiges Unfallbild bringt und nicht allein die Betriebs-, fondern auch die Haus- und Berkehrsunfälle behandelt. Die Bilber wenden sich an die Kinder und Jugendlichen, weil die Propaganda gerade bei der Jugend einsehen muß. Mit einer solchen, vielleicht spielerisch aussehenden Propaganda wird bereits der Jugend die Grundlage zum vorsichtigen und umsichtigen Berhalten gegeben und damit eine bedeutende Borarbeit für das spätere Berufsleben geleistet, denn wer mahrend der Jugend gelernt hat, vorsichtig zu fein, wird sein ganges Leben lang Borsicht walten laffen. Die nationale Sicherheitsgesellschaft beranstaltet auch Wanderausstellungen, Die Unfallverhütung betreffen. Gie läßt Unfallverhütungsfilme laufen und ftellt das Radio in ihren Dienst. Ihre Ingenieurabteilung forgt für Fortbildung in der technischen Unfallverhütung. Die Bethlehem-Steel-Compagnie nimmt an, daß infolge der Bemühungen um die Unfallverhütung die Zahl der Un= fälle in bier Jahren gurudgegangen fei. Bon einer Papierfabrit wird mitgeteilt, daß die Zahl der durch Unfälle verlorenen Arbeitstage für je 100 Ar-

In den amerikanischen Fabriken ist der Borarbeiter verantwortlich für die Unfallverhütung. Sein Behalt wird bisweilen durch die Zahl der Unfalle beeinfluft, die fich in feiner Abteilung ereignet haben, und es wird ihm mit Entlassung gedroht, wenn es ihm nicht gelingt, die Benutung der Schutvorrichtungen durchzuführen. Bei jedem Unfalle muß der Borarbeiter nicht nur darüber Bericht erstatten, wie der Unfall entstanden ist und was zu feiner Berhütung notwendig wird, sondern auch, was er selbst vorher getan hat, um den Unfall zu verhuten. Er muß Rede darüber fteben, ob er den Arbeiter genügend unterwiesen hat und ob er alle Schupportehrungen getroffen hat, ob zwischen ihm und dem Arbeiter wirklich eine Gemeinschaftsarbeit bestand, die den Kern aller Unfallverhütung bildet. Sicherheitsingenieure ber Betriebe unterstützen die Borarbeiter. Die Methoden, die Arbeiter auf die Berhütung der Unfalle hinzuweisen, find vielfach braftisch und originell. In einem Betriebe jum Beispiel ist am Eingang eine große Fahne aufgezogen, die herabgeholt-wird, wenn am Tage vorher ein Unfall sich ereignet hat. Unter der Fahne befindet sich eine Tafel, auf der genau angegeben wird, an wiebiel Tagen die Fahne geweht hat. Rein Arbeiter tommt in den Betrieb und verlägt ihn, ohne nachzusehen, ob die Fahne weht. Im Gegensat zu Deutschland sind es in Amerita bornehmlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die sich um die Unfallverhütung fümmern.

Mit der zunehmenden Industrialisierung steigt, wie die Bahl der Ber-

letungen überhaupt, auch die Bahl der Angenverletungen, gludlicherweise verringert sich aber von Jahrfünft zu Jahrfünft die Prozentzahl der ichlechten Ausgänge der Berletungen, was den Fortschritten der Augenheil= tunde ju berbanten ift. Wie häufig berufliche Berletungen des Auges unter allen Augenberlegungen find, ergibt unter anderm die Statiftif der Deutschen Universitätsklinik in Prag. Danach sind durchschnittlich 62 vh aller Berlegungen bes Auges auf ben Beruf gurudzuführen. Um meisten tommen Augenverletzungen bei den Gifen- und Stahlarbeitern vor. Diefe liefern 80 bo aller gewerblichen Augenverletungen. Am nachsthäufigften find Augenverletungen im Baugewerbe: Bur Berhütung der Augenverletungen empfiehlt Prof. Elfchnig in Brag die Aufflarung der Arbeiter sowie die Einübung intelligenterer Arbeiter in der erften Silfeleiftung. In der Landund Forstwirtschaft ereignen sich Augenverletzungen durch Sufschlag und Hornstoß, durch Solgplitter, durch Blitichlag sowie durch Bienen- und Bespenstiche. Immer häufiger werden neben den Kaltverletungen die burch bie modernen Dungemittel erzeugten schweren Berätungen der Binde- und Hornhaut. Die Bahl der Berletungen nimmt gegen Wochenende zu und ift am Camstag am höchsten, was unzweifelhaft mit der Ermudung der Urbeiter zusammenhängt. Die überwiegende Anzahl der Augenverletzungen tonnte burch entsprechende Schutzmagnahmen bermieden werden. Durchfichtige Schugbrillen haben fich febr bewährt.

Trop der großen Zahl von Schupvorrichtungen und Schupbrillen ist das Broblem der Schutvorrichtungen bis heute nicht vollständig gelöft. Die Schupporrichtung foll nicht nur ficher fein, fondern auch ihre Benütung bem Arbeiter teine Beschwerden verursachen und seine Arbeitsfähigkeit nicht vermindern. Brof. Elichnig glaubt, daß die gesetliche Einführung bon Schutmagnahmen im bochften Intereffe ber Arbeiter gelegen fei, er verlangt ferner immer wieder wiederholte Aufflärung der Arbeiterschaft burch eigens zu diefem 3med in jedem großen Betriebe beftellte Argte. Diefelben hatten auch gleichzeitig die Untersuchung der Arbeiter bezüglich ihrer Eignung für ben betreffenden Beruf und die Feststellung der notwendigen Cehicharfe borgunehmen, außerdem hatte der Argt die Schutborrichtungen gu überwachen und die Borarbeiter in der erften Silfeleiftung ju unterrichten. Bon welch hoher vollswirtschaftlicher Bedeutung folde Magnahmen find, zeigt eine Statistik von St. Louis, nach welcher durch Ginführung von Schutmaßnahmen und raicher arzilicher Silfeleiftung innerhalb zwei Jahren die Augenberletungen auf ein Biertel ihrer früheren Bahl herabgefest wurden.

Der Entwurf des neuen deutschen Arbeiterschutzeses beschäftigt sich natürlich auch mit der Unfallverhütung. Es geht davon aus, daß Betriebsgefahren naturgemäß start den Wandlungen technischen Fortschrittes und Produktionsänderung unterworfen sind. Der Arbeiterschutz auf diesem Gestiete könne daher nur durch allgemeine Rahmenvorschriften geregelt werden, deren Wortlaut nur zusammengesaßt zu werden brauchte. Die Durchführung des Betriebsschutzes wird in allen Punkten von den Polizeibehörden auf die Arbeitsaussichtsämter übertragen, und zwar auch für die zwangsweise Schließung eines gefährlichen Betriebes. Böllig neu ist die Einbeziehung des sogenannten Maschinenschutzparagraphen in das Gesetz. Es handelt sich bei

biesem Gesetzeil, der von den Arbeiterschutzbehörden und Arbeitrich nersorganisationen schon lange gesordert wurde und von den Maschinenbausanstalten heftig besehdet wird, um das Recht des Reichsarbeitsministers, durch Borschriften über Schutzeinrichtungen bei Maschinen und Betrebseinrichtungen von vornherein eine arbeiterschutzgerechte Inbetriebnahme solcher Maschinen zu sichern. Diese Borschriften sollen im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister und nach Anhören beteiligter Unternehmervereinigungen erlassen werden. Sie sollen üch auf den Inlandsverkehr beschränken.

Die Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht wird erweitert; wenn zwar auch Die Arbeitsauffichtsämter Landesbehörden bleiben, fo behalt fich boch das Reich gemiffe Eingriffsrechte vor zur Bereinheitlichung der Gewerbeaufficht. Die Amtsleitung foll wie bisher in erfter Linie technisch vorgebildeten Beamten verbleiben. Borgesehen bleibt die Mitwirfung von Arzten und die Einstellung bon Arbeitnehmern in die Arbeitsaufficht wird borgefeben. Die Befugniffe ber Beamten follen eine Erweiterung erfahren; bas Bufammenwirfen mit bermandten Stellen (Berufs-, Bohlfahrts- und Jugendamtern) und mit der Betriebsvertretung wird ausdrudlich geregelt. Den Auffichtsbeamten obliegt es nach wie vor, ihren Bunschen durch gutliche Einwirkung Geltung zu verschaffen. Wenn jedoch die Ginsicht des Arbeitgebers versagt, fo find Strafen borgefeben. Der Entwurf halt fich in ben Strafborichriften im allgemeinen an das geltende Recht. Doch bringt er eine Unterscheidung der Falle, die als Bergeben mit einer Gelbstrafe bis zu 10 000 Dit. (Bergeben gegen Anordnung jum Betriebsichut, gegen die Borichriften und Berordnung betreffend Arbeitszeit und Conntagsarbeit) und die Abertretungen, die bis zu 150 Mt. Geldstrafe geahndet werden konnen. Übertretungen der Borschriften über Zulaffung zu Besichtigungen durch Arbeitsaufsichtsbeamte find ftatt mit bisher 30 Mt. mit 150 Mt. Sochststrafe vorgesehen. Neu ist die Einbeziehung von Arbeitnehmern in die Strafmöglichkeit betreffend Unordnungen über Betriebsichut und betreffend Besichtigung der Arbeitsauffichtsbeamten.

Der leitende Wirtschaftsbeamte

Being Bornung (Duffeldorf)

Als auf der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Dr. d. c. Hermann Bücher, Wirklicher Legationsrat und M. d. RWR, die "volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozeß" proklamierte, mußte er zwei Tricks anwenden. Er verwandelte die Summe der einzelnen privatkapitalistischen Unternehmungen in einen Sozialkapitalismus, weil angeblich die Unternehmer "ihr privatkapitalistisches Handeln nach Gesichtspunkten volkswirtschaftlicher Art orientieren". Und er verwandelte die in "solchen" Unternehmungen tätigen Direktoren und Generaldirektoren in "gehodene Angestellte", bei denen der Manchesterityd des Unternehmers angeblich völlig fehlt, die als "keitende Beamte" des Unternehmens "ganz andere Ziele und auch eine ganz andere Stellung in der Volkswirtschaft" hätten. Mit diesen "anderen Zielen" und dieser "anderen Stellung" versucht uns auch Dr. Alfred Biktor Berger durch sein Buch über den "kitenden Wirtschaftsbeamten" bekanntzumachen.* Darin erscheinen "die Funktionäre der Unters

^{* 1926} ericienen im Berlag von Morit Berles, Bien, Geilergaffe 4.

nehmung in bollswirtschaftlicher, privatwirtschaftlicher, rechtlicher und soziologischer Betrachtung", so daß sich jür uns nichtgehobene Angestellte, gehobene und nichtgehobene Arbeiter die Lektüre lohnt. Selbstwerständlich bleibt der studierte Dottor innerhalb der Mauern der privatkapitalistischen Birtschaftsordnung, weshalb wir seine Abhandlungen zu korrigieren und zu erganzen haben.

Nach Dr. Berger ist ein "leitender Wirtschaftsbeamter" bersenige, "ber Unternehmerfunktionen ausübt, ohne Unternehmerkapitalist zu sein und die Stellung eines Organs der von ihm geleiteten Wirtschaftspersönlichkeit ausübt" (Seite 7). Berger grenzt diese leitenden Wirtschaftsbeamten (die als Direktoren, Geschäftsführer und Borstandsmitglieder bekannt sind ab gegenüber den Unternehmungssunktionären, die lediglich eine "mandatare Stellung" einnehmen (wie Spudici, Konsulenten, wissenschäftliche Mitarbeiter). Er zeigt, wie in der Form der "Alkiengesusschaft," sich ein Beitungsapparat ausgemacht hat, in dem anstatt der früheren "Unternehmerkapital sten" einsache "Kapitalisten" und einsache "leitende Wirtschaftsbeamten" die Wirtschafts unternehmungen in glücklicher Ehe pridaktapitalistisch "leiten" und "führen". Uderraschenungen schaft die hie mit dem Kapitalb. sit nichts und mit der Unternehmungsführung alles zu tun haben, zu einem neuen "Stand" zusammen. Für seden Standesangehörigen soll hier der Grundsägelten, "daß er nicht sein Eigentum, sondern ein Amt verwaltet" (Seite 122).

Diefe Konftruttion bes Standes ber leitenden Birticaftsbeamten unterbaut Dr. Berger burch eine Bhilosophie bom Unternehmungeführer als folden, Gin folder Unternehmungsführer ift nämlich mit einem "vierten Broduftionsfafter", mit feiner "organijatorijd-tombinatorijden Ibee" am Unternehmen beteiligt. Er erhält für bas "Einsehen ber organisatorisch-kombinatorischen 3bee" als "Aquivalent" (Gegenwert) ben sogen. Zeitergewinn in Gestalt von einem ansehnlichen figen Gehalt, ber Tantieme (Anteil am Reingewinn) und allerlei ordentlichen und außerordentlichen R:munerationen (Bergutungen). Berger berichmeigt nun, baf burch die enormen Soben biefer "Beitergewinne" (beifpielsweise erhalten Direktoren mittlerer Unternehmungen reine Jahresgehälter bis 60 000 Mt. und Direttoren der großen Unternehmungen das Doppelte diefer Jahresgehälter) es bei ben leitenden Birtichaftsbeamten Gepflogenheit geworben ift, ihre nicht kleinen Ersparniffe in Aftien anzulegen. Durch die fo gebilbeten Berfonal- und Realunionen ber Rapitaliften und Liter ichließt fich ber Spalt wieber, welcher bas Unternehmertum in "Rapitalbefiger" und "Unternehmungsführer" gerriß. Allerdings find diese neutapitaliftifchen Unternehmungsführer nicht fo eng mit dem Stammunternehmen verbunden wie die früheren Unternehmerkapitaliften. Sie sind vielmehr dem Konzentrationsgedanken sehr hald, wie uns zum Beispiel die "Amtstätigkeit" des berühmten Dr. Silverberg beweist. Herr Silverberg ist Generalbirettor und Sauptaktionar der "Rheinischen AG. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrifation", und er fag bagu im Jahre 1926 im Auffichtgrat von 26 anderen Aftiengesellichaften (natürlich nicht ehrenamtlich, sondern bezahlt) und hatte allerlei intime Beziehungen zu Großtanken. Bielleicht gehört er auch bereits zu jenen 12 "nationalen Mannern", in deren Auftrage ber Beheime Finangrat Dr. A. Sugenberg als Berr über Breffe und Rilm amtiert.

Dr. Bergers Unterlassungssünde ist zu begreisen, weil er dem leitenden Wirtschaftsbeamten auch Pflichten "gegenüber der staatlichen Allgemeinheit" anweist, von deren striftester Erfüllung er eine "gegenseitige Befruchtung und Durchdringung von Staatstunst und Unternehmungssührung" erwartet (Seite 123). Diese Berstaatlichung der Birtschaft und diese Berwirtschaftlichung des Staates vermag Berger vorauszu ehen, weil er die soziologische Tatsache der "Auswanderung der Intellestucken aus anderen Berusen oder aus solchen mit nicht ausschließlich wirtschaftlicher Borbildung in die

Privatwirtschaft" ausdrudlich feststellt (Seite 86 bis 88).

Bir tonnen die Führerphilosophie des Dr. Berger an diefer Stelle nicht ein-

gehender kritisteren. Bir wissen, daß die Bücherschen "gehobenen Angestellten" und die Bergerschen "leitenden Birtschaftsbeamten" uns als "Unternehmer" und "Arbeitgeber" gegenübertreten, und zwar nicht als Leiter und Führer sozialkapitalistischer Unternehmungen, sondern als die Funktionäre pridatkapitalistischer Unternehmungen. Soweit sie nicht selbst die Herren ihrer Unternehmungen sind, gelten sie eben als "Micklinge höherer Art, verantwortliche Sachverwalter fremder Kapitalsmassen" (wie Kollege R. Woldt 1911 in seiner gewerkschaftlichen Studie "Das großindustrielle Brantentum" treffend schrieb). Der Doktor Berger leugnet zwar, daß der leitende Wirtschaftsbeamte nach gegebenen Instruktionen des Eigentümers vorgeht, aber er gibt zu, daß sich der leitende Wirtschaftsbeamte in einer "moralischen Berantwortlichkeit gegenüber dem Unternehmungseigentümer" befindet, die weiter gehe als die rechtliche (Seite 118).

Dr. Bergers jogiologifder Musblid bestätigt uns die Birtfamteit bes gefellichaftspolitifden "Burgertrufts", melder der induftriellen Bourgeoifie die "Ropfe" gur Bebienung ihrer Birtichaftsapparate liefert (und welcher ben ftaatspolitiichen "Burgerblod" ergangt). Und zwar geschieht die Beranbildung und Beranholung dieser fapitaliftifchen Burgerfunttionare in den "boberen" Bilbungs- und Berufseinrichtungen ber Republit, welche fich burch ben elterlichen Gelbfad und die gefellichaftlichen "Begiehungen" ben Burgernachmuchs eröffnen.* Infolge ber Gemeinsamfeit ber "humaniftischen" Allgemeinbildung, ber "afademischen" Berufsausbildung und ber eiften Stufen ber "atademifchen" Berufstarriere, an die fich die Gemeinsamfeit ber Bebenshaltung und bes Lebensgefühls anichließt, fühlen fich auch bie lohnarbeitenben "gehobenen Schichten bes Angeftelltentums" jufammen mit den "Spigen" der Birticaitsunternehmungen als gur herrichenben Rlaffe gehörig. Diefe "Birtichaftsfpigen" haben, wie Dr. h. c. Bucher auf ber eingangs ermahnten Tagung erflarte, "für fich nur bas eine, baf fie ihre individuelle Gelbständigfeit gemahrt und burchichnittlich grofere Sorgen zu tragen haben". Die "individuelle Sclbständigkeit gemahrleiftet ihnen die Spipenstellung in der Wirtschaftsbürokratie; und die "größeren Sorgen" kommen daher, weil fie - nach Bucher - in ihrer Erifteng mit bem Unternehmen vermachfen find.

2212

::::

Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht

Mer ift Bertreter bes Arbeitgebers im Ginne bes § 128 giff. 5 ber Gewerbeordnung?

Dtto Fifcher (Dresben)

Das Arbeitsvertragsrecht, das nach den Bestimmungen des Titel VII der GO § 105/139 seine Regelung sindet, ist leider vielen Arbeitnehmern unbekannt. Eine wichtige Bestimmung ist der § 123 GO, in dem es heißt:

"Bor Ablauf ber bertragsmäßigen Zeit und ohne Auffündigung konnen Gefellen

und Gehilfen entlaffen werben:

- 1. wenn sie bei Abschluß des Arbeitsbertrags den Arbeitgeber durch Borzeigung salicher oder berfälschter Arbeitsbücher oder Zengnisse hintergangen oder ihn über das Bestehen eines anderen, sie gleichzeitig verpflichtenden Arbeitsverhältnisses in einen Frrtum versett haben;
- 2. wenn sie eines Diebstahls, einer Entwendung, einer Unterschlagung, eines Betrugs ober eines lieberlichen Lebenswandels sich schuldig machen;
- 3. wenn sie die Arbeit unbesugt verlassen haben oder sonst den nach dem Arbeitsvertrag ihnen obliegenden Berpflichtungen nachzukommen beharrlich verweigern;
- 4. wenn fie der Berwarnung ungeachtet mit Feuer und Licht unborfichtig umgehen;

^{*} Ich gebe barauf naber ein in meiner Brofcure "Bur Sogiologie ber Burgerfunktionare", Die in ber "Jungfogialistischen Schriftenreihe" ericeint.

5. wenn sie sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seine Bertreter oder gegen die Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Bertreter zuschulden kommen lassen;

6. wenn fie einer borfablichen und rechtswidrigen Sachbeschädigung gum Rachteil

bes Arbeitgebers ober eines Mitarbeiters fich ichuldig machen;

7. wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Bertreter oder Mitsarbeiter zu Sandlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familiensangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetz oder die guten Sitten verstoßen;

8. wenn fie gur Fortsehung ber Arbeit unfabig ober mit einer abschredenden

Rrantheit behaftet find.

In den unter Ziffer 1 bis 7 gedachten Fällen ist die Entlassung nicht mehr zulässig, wenn die zugrundeliegenden Tatsachen dem Arbeitgeber langer als eine Woche bekannt sind.

Inwiesern in den unter Ziffer 8 gedachten Fällen dem Entlassenn ein Ansspruch auf Entschädigung zusteht, ist nach dem Inhalt des Vertrags und nach dem allgemeinen gesehlichen Vorschriften zu beurteilen."

Bon diesen Bestimmungen soll heute nur Absat 5 behandelt werden. Bon bersichiedenen Untergerich en (früher Gewerbes, jest Arbeitsgerichte) wird der Begriff "Bertreter des Arbeitgebers" so weitläufig ausgelegt, daß letzten Endes i der Borsarbeiter oder sonstitutige Beauftragte des Arbeitgebers als Bertreter desselben angesehen werden kann. Gegen solche weitgehende Auslegung des Gesetzes muß sich die Arbeitersschaft, insbesondere ihre Bertreter zur Wehr setzen. Bei dieser Aufzassung sindet die Arbeiterschaft einen Stützpunkt in einem Urteil des Reichsgerichts vom 18. Februar 1881 (Annalen 3 bis 317). In der Begründung des Urteils heißt es:

"Daß als Bertreter des Arbeitgebers im Sinne des § 123 Abs. 5 GO eine Berson zu verstehen ist, auf die die Autorität des Arbeitgebers selbst übergegangen ist. Keinessalls aber kommen als Bertreter im Sinne dieser Borschrift allgemein Arbeiter ober Angestellte in Betracht, denen lediglich die Befugnis zur Berteilung

bon Arbeit erteilt ift."

Das Gewerbegericht des Bezirksverbandes Kamenz in Sachsen hatte von dieser Entscheidung die der ganz kurzer Zeit jedensalls keine Kenntnis, es wäre sonst unsverständlich, daß es in seiner Entscheidung vom 20. Juni 1927 ein Urzeil verkündete, wonach die fristlose Entlassung eines Mitgliedes einer Betriebsvertretung gerechtserzigt erscheint, weil er einen Werkzeugausgeber und "Hilswerkmeisterlehrling", den das Gericht als Vertreter des Arbeitgebers im Sinne des § 128 Ziss. 5 angesehen hat.

beleidigt habe.

Die Berufung, die von dem Organisationsbertreter des DMB im Auftrage des Klägers eingelegt wurde, hob die Entscheidung auf und verpflichtete den Arbei geber, den Entlassen weiterzubeschäftigen, wenn nicht, eine wöchentliche Entschädigung von 30 Mt. zu zahlen. Das Landesarbeitsgericht Dresden, das als Berufungsinstanz in Frage kommt, hat durch diese Entscheidung das Unrecht, welches dem betroffenen Arbeitnehmer zuteil wurde, wieder gut gemacht, darüber hinaus aber erneut zum Ausdruck gedracht, daß die Bestimmungen des § 123 Uhs. 5 GO recht eng sim Sinne der Reichsgerich. sentscheidung) ausgelegt werden müssen. Bei einer anderen Ausslegung dieser Bestimmung wäre den Arbeitgebern Tür und Tor geöffnet und könnten sie bei seder passenden Gelegenheit Arbeitnehmer fristlos entlassen, unbekümmert der Schutzbestimmungen sur Betriebsräte, Schwerbeschädigte und solcher Arbeitnehmer, die auf Grund ihres Arbeitsvertragverdältnisses eine Kündigungsfrist haben. Die beste Abwerb jedoch ist, daß sich alle Arbeitnehmer über Inhalt und Anwendung der arbei. Berechtlichen Bestimmungen ausstären lassen.

Nachtrag

zum Auffat "Die Kreditkrise der Landwirtschaft" im Heft 2 der Betriedsräte Zeitschrift. Der Aussachen wurde Ansang Dezember eingesandt. Inzwischen ist eine Reorganisation der Preußischen Zentralgenossenschaft kasse erfolgt und der disherige Leiter derselben wurde beurlaubt. Mit diesem Beschluß des preußischen Staatsministeriums hat die preußische Regierung bewiesen, daß sie die ernste Lage, in die das landwirtschaftliche Kreditwesen in Deutschland geraten ist, voll erkannt hat.

Bücherbesprechung

Die Bauhüttenbewegung, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Entwicklung, für die beutschen Sewerk chaften turz zusammengestellt von A. Ellinger. Breis 50 Kj. Berlagsgesellschaft des ADGB, Berlin S 14. — Ihre Wacht als Verbraucher einzuschen, ist von der arbeitenden Bevölkerung in den Konsumgenossenschaften geschehen. Sier und in der Bauhüttenbewegung versucht sie aber auch seit Jahren, Einzuhuf auf die Kroduktion zu gewinnen. über die Entwicklung der nun seit sieben Jahren bestehenden Bauhüttenbewegung unterrichtet die Schrist von Ellinger in eindrucksvoller Beise. Sie zeigt die Ursachen der Entstehung dieser Bewegung und die zu überwindenden und zu einem großen Teil bereits überwundenen Schwierigkeiten, zeigt, daß es gelang, die Bauhüttenbewegung innerlich so zu sestigen, daß sie heute einen Wirtschaft arstellt, mit dem auch die Gegner rechnen müssen. Das Endziel dieser Bewegung ist die Gemeinwirtschaft anstelle der kapitalistischen Brositwirtschaft.

Erzählstide von Gustav Hennig. Lustiges und Ernstes für ein'ame Stunden und für gesellige Kreise. 88 Seiten. Preis 1,20 Mt. Thüringer Berlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. — Ein Buch, welches hochdeutsche und mundartliche Dichtur gen von Ludwig Anzengruber, F. Bossong, Charles de Coster, Adolf Holft, Gottsried Keller, Deinrich Leuthold, Robert Poschel, Friz Reuter, Peter Rosegger, Anton Sommer. Kriedrich Stulpe enthält.

Geschichte der Fabrit und ber Maffenarbeit von Chriftian Schmis. 150 Siten. Breis 4,50 Mt. Berlagsbuchhandlung Karl Zwing in Jena. — Der Berfaffer ichilbert die Geschichte ber Arbeit in ber Urgeit, die agnptischen und die Arbeitsverhaltniff: ber orientalifden Bolfer und ebenso die der griechifden und romifden. Er zeigt die Entwidlung ber Arbeit bom Alofterbetrieb gur Manufaftur und gum modernen Fabritbetrieb fomie die Zusammenfaffung diefer Betriebe in Kartellen, Syndifaten und Trufts. Mit diefer Entwidlung ift auch die technifche bom Steinhammer gum Dampfhammer und ber hydraulischen Breffe, vom Boftwagen jum modernen Autoomnibus, bom Ranu jum Dzeanriefen und Lugusichnelldampfer berbunden. Auf acht Geiten bes Buches find die aus naturmiffenicafelichen und technifden Foridungen resultierenden Erfindungen, mit dem Schiefpulber im 13. Jahrhundert beginnend bis gur allgemeinen Ginführung des Rundfunks in der Gegenwart aufgeführt. Das Buch ichli ft mit der Seftstellung, daß alle diefe Foriderarbeit bon ben Arbeitermaffen beg uft murbe, obwohl beren Borteil bis jest in ber Sauptfache nur einer fleinen Schicht Berrichender infolge der gefellichafilichen Buftande jugute tommt. Die machfende Macht ber organifierten Arbeiterschaft werde jedoch in die Gutererzeugung und -berteilung Ordnung bringen.

Drud: Berlagsgefellichaft des Deutschen Metallarbeiter-Berbandes, Stuttgart, Roteftr. 16